



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger:innenbrief

21. Oktober 2021

Nachlese zur Bundestagswahl +++ Bei der Miete geht noch was +++ Querdenken ... Quark denken +++ Emil Nolde



## Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl ist gelaufen, und schon nach wenigen Wochen zeichnet sich recht konkret die neue Ampelkoalition aus SPD, GRÜNEN und FDP ab. »Die strammste Linksagenda, die wir in Deutschland seit Jahrzehnten in Deutschland gehabt haben«, phantasiert dazu Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus. So wie es momentan aussieht, dürfte es bei den »Prioritäten« dieser Koalition wohl eher um »Ein Herz für die Finanzeliten« gehen (TAZ, 19.10.2021).

Für DIE LINKE ist das Ergebnis desaströs, fast die Hälfte der Wähler:innen ist weggebrochen: Im Bund haben wir bei den Zweitstimmen gerade noch 4,9 % erreicht (minus 4,3 % gegenüber 2017), und selbst in Hamburg konnten nur 6,7 % er-

rungen werden (minus 5,5 %). Wir sind natürlich tief betrübt über diese Klatsche, die die DIE LINKE zu einer umfassenden Reflektion ihrer programmatischen Aussagen und vor allem wohl der strategischen Orientierungen veranlassen muss. Und damit stehen wir gerade erst am Anfang, wie auch eine Einschätzung von Horst Kahrs im vorliegenden »Bürger:innenbrief« unterstreicht.

Es bleibt an dieser Stelle noch, allen unseren Wähler:innen unter den BB-Abonent:innen zu danken. Und diese und vor allem auch alle anderen zu ermuntern, uns kritische Kommentare und Vorschläge zur Gestaltung der weiteren Arbeit zukommen zu lassen. Wir möchten solche Stimmen gerne in

unsere Überlegungen einfließen lassen, denn die große Errungenschaft der deutschen Linken in den letzten Jahrzehnten – die Präsenz in den Parlamenten auf Bund- und Länderebene – dürfen wir nicht verderben!

Nichtsdestotrotz, unsere Arbeit in der Hamburgischen Bürgerschaft und an den diversen Schnittstellen zu außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen gehen ungebrochen weiter. Die Mietenexplosion, aber auch der erfolgreiche Volksentscheid zur Enteignung großer Berliner Wohnungsunternehmen bleiben auch für Hamburg Herausforderungen, ebenso natürlich die anhaltende Impfdebatte und die immer aggressiver auftretenden Querdenker:innen (was für ein Eu-

phemismus!) und viele andere Aspekte, zu denen wir auch in dieser Ausgabe einige Beiträge liefern.

Auf ein bevorstehendes Ereignis möchten wir an dieser Stelle ganz besonders hinweisen, die Demonstration am 6. November anlässlich des zehnten Jahrestages des »Nationalsozialistischen Untergrunds«. Wir bekräftigen aus tiefer Überzeugung die Forderungen des Veranstalterbündnisses: NSU-Morde aufklären – Rassismus bekämpfen – rechten Terror stoppen! Den kompletten Demo-Aufruf gibt es weiter hinten in dieser Nummer.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus,  
Hanno Plass und Michael Joho

## Was für eine verlogene Anzeige

Von Michael Joho

Wir hatten ja schon einmal – im »Bürger:innenbrief« vom 18. August – auf die »großartige« Bilanz und das totale Scheitern des westlichen Kriegseinsatzes in Afghanistan hingewiesen, hier seien nur die rund 111.000 zivilen Opfer in Erinnerung gebracht, die in den 20 Jahren auf das Konto der Taliban, aber nicht zuletzt auch der USA usw. gegangen sind. Dass aber nun dieser katastrophale Einsatz auch der Bundeswehr der Truppe »alle Ehre gemacht« haben soll, das schlägt dem Fass den Boden aus. Die Erläuterungen von Noch-Bundeskriegsministerin Kramp-Karrenbauer sind absolut krude und empörend. Und unterstreichen die Forderung der LINKEN seit Jahrzehnten: Bundeswehr raus aus den Kriegsgebieten rund um den Globus! Von wegen, die Sicherheit der Bundesrepublik am Hindukusch verteidigen (Peter Struck, SPD, 2002)... Klare Worte fanden sich dazu jüngst von Albrecht Müller auf den »Nachdenkseiten« (<https://www.nachdenkseiten.de/?p=77021>).

Getoppt wird diese Anzeige vielleicht noch durch den Großen Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude (!). Die »Hamburger Morgenpost« dazu am 15. Oktober treffend: »Sind solche Fackelmärsche noch zeitgemäß?« ([www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/sind-solche-fackelzuege-noch-zeitgemaess/](http://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/sind-solche-fackelzuege-noch-zeitgemaess/)).



Anzeige u. a. auf der Homepage von T-Online am 13.10.2021



# Nachlese zur Bundestagswahl am 26. September

Von Horst Kahrs\*

Der Ausgang der Bundestagswahl beschleunigt den politischen Umbruch im Land. Die kommende Bundesregierung wird voraussichtlich aus SPD, Grünen und FDP politisch neu zusammengesetzt sein. Eine dominante parteipolitische Kraft gibt es zumindest für die nächsten vier Jahre im Bundestag nicht mehr. Keine Fraktion verfügt noch über mehr als ein Drittel der Sitze, kann sich eine/n Koalitionspartner/in aussuchen oder allein eine Änderung des Grundgesetzes verhin-

dern. Mit der AfD hat sich eine antidemokratische Partei im parlamentarischen System festgesetzt. DIE LINKE scheitert an der Sperrklausel, schafft es aber durch die Hintertür der drei Direktmandate in den Bundestag – und weil viele Stimmen auf »Sonstige Parteien« entfielen erreicht sie mit 39 Abgeordneten sogar noch Fraktionsstärke. Insgesamt stellten die Bürgerinnen und Bürger mit dem Wahlausgang die politischen Signale auf »wohltdosierte Veränderung«.



Vorläufiges amtliches Endergebnis

## Es muss und soll sich was ändern – nur was?

Gut vier Monate vor der Bundestagswahl fanden es mehr als 60 % der Deutschen in einer repräsentativen Befragung »gut«, wenn die Bundesregierung in Berlin wechseln würde – der höchste Wert seit Anfang der 1990er Jahre. Der Wunsch nach einem Regierungswechsel war mit keinem eindeutigen Wunsch nach einem politischen Richtungswechsel verbunden. Zwei Drittel der Befragten glaubten, dass die »meisten Menschen in Deutschland« sich wünschen, dass die kommende Bundesregierung »in vielen Bereichen eine deutlich andere Politik macht« – sogar die Hälfte der Unions-Anhänger:innen. Gut die Hälfte der Befragten nannte als Politikfelder, in denen ein »politischer Neustart« wünschenswert sei: »Umwelt- und Klimaschutz«, »Flüchtlingspolitik, Integration«, »Rente«, »Bildung«, »Bekämpfung der Corona-Pandemie« und »Wohnen, Wohnungsmarkt«, knapp die Hälfte auch »Gesundheit«, »Soziales, soziale Absicherung« und »Digitalisierung«. Bei Befragten, die sich selbst als »politisch interessiert« einstufen, lag »Umwelt- und Klimaschutz« mit Abstand vorne, ebenso unter in Westdeutschland lebenden Befragten. Unter Ostdeutschen waren »Flüchtlingspolitik, Integration«,

»Bekämpfung der Corona-Pandemie« und »Bildung« die meist genannten Bereiche. Bei den unter 30jährigen standen »Digitalisierung«, »Bildung« und »Umwelt- und Klimaschutz« obenan, bei den über 60jährigen Befragten hingegen »Rente«, »Flüchtlingspolitik, Integration«.

Auf vielen Feldern haben sich in den Jahren der Merkel-Regierungen Probleme angestaut. Wo es im Alltäglichen hakt, wurde unter den Pandemie-Bedingungen nochmals besonders deutlich, aber auch andere menschengemachte Katastrophen trugen zu dem Gefühl bei, dass es so nicht weitergehen kann. Doch darüber, wo Veränderung am dringlichsten ist, herrschten nach Alter, Region, Herkunft und politischer Orientierung deutlich unterschiedliche Vorstellungen. Mit anderen Worten: Die Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und auch die Interessenlagen haben sich vervielfältigt. Der Wunsch nach einem Neustart in der Alterssicherung steht bei Anhängern der LINKEN, der SPD, der FDP und der AfD weit oben – aber ist mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die politische Richtung verbunden.



Gewinne und Verluste bei der Wahl 2021 gegenüber 2017 in Prozent

Problemsicht und Wahlentscheidung sind zwei unterschiedliche Dinge. Die Frage, was denn am Ende »die größte Rolle bei meiner Wahlentscheidung« gespielt hat, beantworteten die Befragten entsprechend unterschiedlich: »Soziale Sicherheit« nannten 28 %, »Umwelt und Klima« sowie »Wirtschaft und Arbeit« jeweils 22 %. Weit dahinter folgte »Umgang mit Corona« (6 %), und die übrigen 22 % verteilten sich auf eine Reihe anderer Themen wie »Steuern und Finanzen« (bedeutsam für FDP-Wähler:innen), Europa und internationale Politik (für CDU-Wähler:innen) oder »Zuwanderung« (für AfD-Wähler). Es gibt kaum ein Thema, bei dem eine klare Mehrheit für eine politische Richtung erkennbar ist.

Das Bewusstsein, dass der Klimawandel und die nächste Stufe der Digitalisierung große Umwälzungen in Arbeits- und Wirtschaftswelt, in Konsum- und Lebensweise fordern werden, ist weit verbreitet. Es muss und soll sich etwas ändern, aber diese Veränderungen müssen mit Blick auf den eigenen Alltag und die eigene Lebensplanung überschaubar und berechenbar sein. Die Lebensverhältnisse sollen in der Transformation stabil bleiben – und nach den ganzen Corona-Maßnahmen soll es wieder Verlässlichkeit im Alltag geben. »Verlässlichkeit« erwartet man auch von den zukünftig Regierenden: Man möchte halbwegs sicher sein, dass sie wissen was sie tun, wie sie mit unverhofften Krisen umgehen. Auf Parteien und Politiker:innen gelten als verlässlich, wenn sie wohlüberlegte Konzepte haben, Geschlossenheit und Entschlossenheit ausstrahlen und all dies durch Personen, die verlässlich für die Partei sprechen, glaubwürdig vertreten wird.

Dass die SPD die Wahl gewonnen hat, ist daher nicht verwunderlich: Nach ihren parteiinternen Auseinandersetzungen trat sie seit über einem Jahr höchst geschlossen auf und präsentierte mit Olaf Scholz einen Kandidaten, der sozialdemokratische Merkel-Wähler:innen zurückgewinnen könnte, der

Krisen bewältigen kann und keine politische Abenteuer eingehen würde. Umgekehrt erschien die ehemalige Merkel-Partei als politisch richtungslos, als zerstritten und mit persönlichen Feindseligkeiten beschäftigt. Generell lässt sich sagen, dass die drei Parteien, die Stimmen gewonnen haben – SPD, Grüne, FDP – politisch jeweils »einstimmig« ihre inhaltlichen Schwerpunkte vertreten. Die vier Verlierer-Parteien – CDU, CSU, AfD und LINKE – erschienen personell und teilweise auch inhaltlich zerstritten und unklar.

Besonders im Falle der Linkspartei gilt, dass in der Sache gute Konzepte auf einzelnen Politikfeldern nichts nutzen, wenn sie durch keine übergreifende Erzählung, wohin und nach welchen Ordnungsmustern die Gesellschaft verändert werden soll, verbunden sind; wenn das Rechthaben das Gestaltenwollen überbietet; und wenn die Personen, die als Gesichter der Partei wahrgenommen werden, in unterschiedliche Richtungen wollen.

Die zukünftige Ampel-Koalition hat jeweils unterschiedliche und gegensätzliche wahlentscheidende Themen ihrer Wählerinnen und Wähler zusammenzuführen: Soziale Sicherheit, entschiedenere Klimapolitik, Finanz- und Steuerpolitik. Man wird am Koalitionsvertrag ermessen können, ob dabei ein reines Zweckbündnis für die Legislaturperiode herauskommt oder ein politisches Transformationsprojekt 2030, das unterschiedliche Interessenlagen und Staats- und Gesellschaftsvorstellungen zu einer »Aufbruchstimmung aus der politischen Mitte« zusammenführt. Das Framing existiert bereits: »fortschrittliches Zentrum« (FDP), »Zukunftscoalition« (SPD) usw.

DIE LINKE wird sich bundespolitisch programmatisch und strategisch neu sortieren müssen. Die Zeiten, in denen Wahlerfolge als »Reparaturbetrieb« von SPD und Grünen erzielt werden konnten, sind vorbei, auf ihre ungewisse Wiederkehr sollte die Partei ihre Zukunft nicht setzen. Warum braucht

es eine demokratisch-sozialistische Partei? Weil es um die Gleichheit aller Menschen geht: um gleiche Chancen ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, um gleiche Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, um gleiche Löhne und Rechte im Arbeitsleben, um die Möglichkeit, aktiv an der sozialökologischen Transformation mitwirken zu können. Die systemischen Hindernisse, die diesem Gleichheitsanspruch in Schulen, Behörden, in Institutionen und gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen ent-

gegenstehen, müssen entschieden bekämpft werden. Es geht um die Einheit von demokratischen und sozialen Rechten. Aus dieser Perspektive auf Gesellschaft und politische Themenfelder ließe sich im Parteienwettbewerb in einer pluralen Gesellschaft ein Alleinstellungsmerkmal machen, welches für verschiedene Interessenlagen anziehend sein kann.

*\*Horst Kahrs, Jahrgang 1956, Sozialwissenschaftler, arbeitet seit 2012 für die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen.*

## Miete: Da geht noch was!

Von Heike Sudmann

Kleine Revolution in Berlin: Am Wahlsonntag stimmten parallel zur Bundestagswahl 56 Prozent für die Enteignung profitorientierter Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Mehr als eine Million Berliner:innen glauben offenbar nicht mehr, dass eine schlappe Mietpreisbremse oder das ewige Mantra »bauen, bauen, bauen« sie vor überhöhten Mieten und vor Verdrängung schützen.

Nicht nur in Berlin oder Hamburg, in praktisch jeder deutschen Großstadt sind die Mieten seit Jahren rasant gestiegen. Was für die einen der private Schutz- und Rückzugsraum ist, ist für die anderen eine Geldanlage und ein Spekulationsobjekt. Der Wegfall der Wohnungsgemeinnützigkeit nach 1989, der Verkauf großer öffentlicher Wohnungsbestände und die Förderung von Wohneigentum haben den Wohnungsmarkt attraktiv und lukrativ für eine ganz neue Spezies gemacht. Internationale Investor:innen, Rentenfonds und Geldanleger:innen entdeckten das Betongold. Ein sicheres Geschäft

mit großer Rendite. Die Rendite wird jedoch nicht etwa durch mehr Technologie oder höhere Produktivität geschaffen, sondern einfach nur von den Konten der Mieter:innen abgebucht. In immer mehr Haushalten gehen 40 bis 50 Prozent des Einkommens für die Miete drauf, bleibt zu wenig fürs Leben.

In Berlin haben viele Mieter:innen die Schnauze voll von schlechten Wohnungen zu irren Quadratmeterpreisen, von Luxusmodernisierungen, von Umwandlungen der Miet- in Eigentumswohnungen, von Verdrängung aus den Stadtteilen. Die Volksinitiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« fordert, alle profitorientierten Unternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen zu enteignen. Dabei beruft sie sich auf Artikel 15 des Grundgesetzes, wonach Grund und Boden zum Zweck der Vergesellschaftung in Gemeineigentum überführt werden können. 240.000 Berliner Wohnungen sollen so der Spekulation und dem Markt entzogen werden.



Foto: Redaktion

Heike Sudmann sammelte im Mai fleißig mit Berliner LINKEN (im Foto Gaby Gottwald) Unterschriften für das Volksbegehren

CDU, FDP und Immobilienlobby liefen gegen den Plan Sturm und starteten eine gigantische Kampagne, die auch vor Falschinformationen nicht zurückschreckte. So wurde bewusst falsch behauptet, dass Genossenschaften enteignet oder die Mieten kräftig steigen würden.

Hat alles nichts genützt, über eine Million Berliner:innen stimmten am Sonntag für die Enteignung. Und mit dieser Entscheidung stehen sie nicht alleine da. In einer repräsentativen Umfrage ermittelte »Radio Hamburg« Mitte September, dass 41 % der Hamburger:innen für Enteignungen großer Wohnungsunternehmen, 34 % dagegen und 25 % unentschieden seien. Und zwar jetzt schon – ganz ohne eine Kampagne. Klare Sache: Auch Hamburgs Mieter:innen werden immer verzweifelter. Sie sind nicht länger bereit, sich von Spekulant:innen das Geld aus der Tasche ziehen zu lassen.

Es ist die gleiche Verzweiflung und Wut, auch wenn es in Hamburg nicht so viele große profitorientierte Unternehmen gibt. Vonovia hat hier knapp 20.000 Wohnungen, Ake-lius 3.600 Wohnungen (die gerade verkauft werden sollen). Mangels eines öffentlichen Grundbuchregisters ist es schwierig, weitere Zahlen zu ermitteln. Damit also auch die Hamburger:innen nicht länger einen Großteil ihres Einkommens für die Miete zahlen, müssen Bundesgesetze geändert werden: für einen Mietestopp, Mietobergrenzen und auch Miet-senkungen. Ob die neue Bundesregierung den erforderlichen Mut für so einen bundesweiten Mietendeckel hat? Ich glaube es nicht, würde mich aber zu gerne täuschen – die vielen Mie-ter:innen in Hamburg können sich das Warten auf wirklich wirksame Hilfe nicht länger leisten.

*Anmerkung der Redaktion: Der Beitrag ist erstmals am 30. September als »Mopo-Standpunkt« veröffentlicht worden.*

**Jetzt geht's los:  
Erstes Arbeitstreffen für Aktive**



**Hamburg:**

**Jetzt enteignen wir !**

Sonntag, 24.10., 15:00 Uhr

Gängeviertel, Fabrique, Seminarraum, Valentinskamp 34A

Es gilt 2G - Bitte Impfnachweis mitbringen!

## Und wie sieht es eigentlich in Hamburg mit den großen Wohnungsunternehmen aus?

Von Michael Joho

Berlin wird von vielen Mietaktivist:innen geradezu als Mahnruf empfunden, auch für Hamburg eine Enteignungskampagne ins Leben zu rufen. Eine erste Initiative wurde bereits gebildet, eine erste »Enteignungsversammlung« hat mit rund 80 Teilnehmenden am 10. Oktober stattgefunden. Die nächste Versammlung der Initiative ist für Sonntag, den 24. Oktober, von 15.00 bis 18.00 Uhr im Gängeviertel geplant.

Ich habe mir einmal angeschaut, welche großen Wohnungsunternehmen in privater Hand in Hamburg existieren. Die Untergrenze 3.000 Wohneinheiten (WE) definiere ich dabei mal mit Blick auf den erfolgreichen Volksentscheid am 26. September in Berlin. Schon hier sei vermerkt, dass es in Berlin potentiell um 240.000 WE (= 15 % des Mietwohnungsbestandes), in Hamburg dagegen nur um 30.000 WE (= gut 4 %) geht.

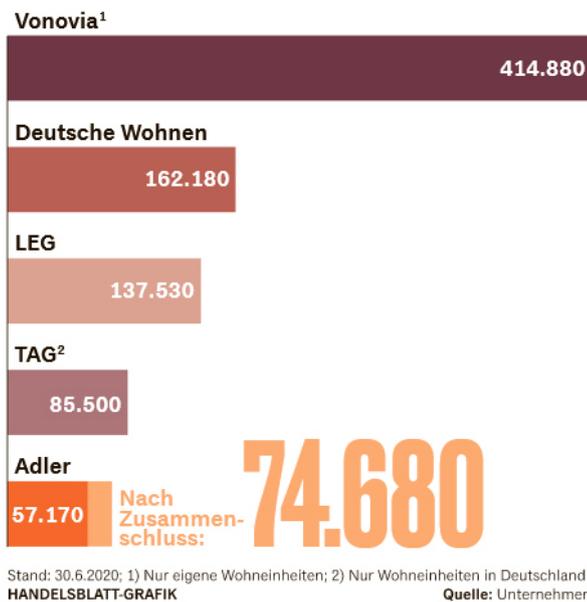
Beim Stichwort »Wohnungsunternehmen Hamburg« ergibt sich im Netz eine Telefon-Liste mit 155 Treffern, inklusive Genossenschaften (<https://www.dastelefonbuch.de/Branchen/Wohnungsunternehmen/Hamburg>). Meine Recherche hat für mich einmal mehr unterstrichen, wie wichtig ein öffentliches Grundbuchregister wäre, denn bei vielen Unternehmen bleiben die konkreten Daten (Zahl und Lage der WE) im Dunkeln. Ein offenes Grundbuch könnte da vermutlich Abhilfe schaffen, was vor drei Jahren übrigens auch »Correctiv« gefordert hat (<https://correctiv.org/top-stories/2018/11/23/wem-gehört-hamburg/>). Im Abschlussbericht dieser investigativen Journalist:innencrew wird vor allem auf Vonovia und Akelius verwiesen, »im CrowdNewsroom tauchen weitere börsennotierte Konzerne auf« – an dieses Correctiv-Angebot für JournalistInnen bin ich allerdings nicht herangekommen.

Hier zunächst ein grafischer Überblick, bezogen auf den Herbst 2020:

Immobilien

## Ein neuer Wohnungsriese

**Die größten börsennotierten Wohnungskonzerne in Deutschland** Zahl der Wohneinheiten 2020



Aus dem »Handelsblatt« online, vom 3.10.2020; <https://www.handelsblatt.com/finanzen/immobilien/adler-group-sa-der-neue-immobilienriese-steht-unter-besonderer-beobachtung/26235128.html?ticket=ST-4212647-9Au6qgl-beBS3lftPmgo0-ap4>

Meine Prüfung der verschiedenen großen Wohnungsunternehmen hat nun diese Resultate erbracht.

### a) Vonovia: 19.668 WE in Hamburg (Juni 2021)

Laut Bilanz zum 30. Juni 2021 bewirtschaftet die »Vonovia SE« 414.000 eigene Mietwohnungen (im 1. Halbjahr 2020 waren es noch 415.000). Mit rund 354.000 Wohnungen in

Deutschland hat Vonovia einen Marktanteil von rund 1,5 % (Vonovia-Meldung zum 30.6.2021; <https://presse.vonovia.de/de-de/aktuelles/210806-ergebnis-zum-30-juni-2021>). Laut Halbjahresbericht I/2021 gehörten der Vonovia in Hamburg 19.668 WE (»Half Year-Report 2021 H1«; <https://reports.vonovia.de/2021/q2/en/>). Für den schnellen Überblick: <https://de.wikipedia.org/wiki/Vonovia>.

Ende September scheint jüngst »die größte Übernahme am deutschen Immobilienmarkt« gelungen zu sein: Nach mehreren Anläufen hat sich Vonovia bei seinem Konkurrenten »Deutsche Wohnen« – immerhin das zweitgrößte deutsche Wohnungsunternehmen – nach eigenen Angaben einen Anteil von 50,5 % und damit die Mehrheit der Stimmrechte gesichert (<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/vonovia-uebernahme-deutsche-wohnen-im-dritten-anlauf-aktien-100.html>).

Die Deutsche Wohnen verfügt über etwa 155.400 WE, davon alleine in Berlin 114.200 WE ([https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Wohnen](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Wohnen)). Ob dieser Konzern bisher – vor der Übernahme durch Vonovia – Wohnungen in Hamburg hatte, ist unklar, eher unwahrscheinlich. Jedenfalls gehört Hamburg laut Unternehmens-Portfolio nicht zu den fünf deutschen »Kernregionen« (<https://www.deutsche-wohnen.com/ueber-uns/unternehmen/immobilien-portfolio>).

### b) Tag Immobilien: 7.032 WE in der »Hamburger Region« (November 2020)

Das deutsche, aber zumindest auch in Polen agierende Unternehmen »Tag Immobilien AG« (TAG) verfügt über insgesamt etwas mehr als 100.000 WE, davon laut »Kennzahlen« zum 30. Juni 2021 über 88.319 WE in Deutschland.

(<https://www.tag-ag.com/investor-relations/finanzkennzahlen/>). 11 % dieses Bestandes liegen in der »Hamburger Region«, das waren laut Konferenz-Präsentation vom November 2020 genau 7.032 WE ([www.tag-ag.com/fileadmin/content/presentationen/Q3\\_2020\\_TAG\\_CC\\_IR\\_final.pdf](http://www.tag-ag.com/fileadmin/content/presentationen/Q3_2020_TAG_CC_IR_final.pdf)). Für den schnellen Überblick: [https://de.wikipedia.org/wiki/TAG\\_Immobilien](https://de.wikipedia.org/wiki/TAG_Immobilien).



Enteignungsversammlung am 10. Oktober vor dem »Kolibri«  
 (Foto: vergesellschaftet)

### c) Akelius/Heimstaden: 3.600 WE (Eigentumswechsel Ende 2021)

Das schwedische Unternehmen »Heimstaden Bostad« gehört

nicht nur europaweit mit mehr als 100.000 WE, sondern ab Ende 2021 auch zu den großen Playern in der Hamburger Wohnungspolitik. Bis dahin soll der Kauf der 3.600 WE von Akelius abgeschlossen sein. (Mopo online vom 27.9.2021; <https://www.mopo.de/hamburg/tausende-wohnungen-uebernommen-schweden-kaufen-sich-in-hamburg-ein/>). Für den schnellen Überblick: <https://de.wikipedia.org/wiki/Heimstaeden>.

#### **d) Adler Group SA: 3.078 WE (nach eigener Berechnung, Mitte 2021)**

Die »Adler Group« SA ist nach zwei Fusionen mit mehreren tausend WE vorrangig in der »Immobilienentwicklung, Vermietung und Verwaltung von Mietwohnungen <tätig, MJ> und hält Immobilien vorwiegend in Deutschland mit Fokus auf den Top-7-Städten« ([https://de.wikipedia.org/wiki/Adler\\_Group](https://de.wikipedia.org/wiki/Adler_Group)). Der Konzern verfügt laut »Results presentation« vom 31. August 2021 über 69.701 WE (»Fully developed« 80.000, was immer das meint, MJ). Der Wohnungsbestand befindet sich zu 69 % in den sieben großen Metropolen – das wären nach meiner Rechnung dann 48.094 WE. Hamburg hat darunter einen Anteil von 6,4 % – das wären dann 3.078 WE. Die Adler Group ist in Hamburg bisher – wenn ich in diesen verwinkelten Geschäftsberichten nichts übersehen haben – nicht in Erscheinung getreten, aber neben dem Korallus-Viertel (2021-2024) und dem »Parkhaus« (?) ist sie als »Holsten Group« mit geplanten 1.200 Apartments (2022-2026) schwer im Geschäft ([https://ir.adler-group.com/download/companies/adoproperties/Presentations/Adler\\_Q2\\_2021\\_presentation.pdf](https://ir.adler-group.com/download/companies/adoproperties/Presentations/Adler_Q2_2021_presentation.pdf)). Insgesamt ein wirklich feines Unternehmen, wenn ich mir z.B. im »Geschäftsbericht 2019« das wichtigste, freimütig eingestandene Ziel anschau: »Unser Ziel ist weiterhin die Mietpreiserhöhung durch aktives Asset Management und gezielte Investitionen in die Modernisierung, Sanierung und Neupositionierung unserer Immobilien« (<https://ir.adler-group.com/download/companies/adoproperties/Annual%20Reports/LU1250154413-JA-2019-EQ-D-02.pdf>).

Die Adler Group ist erst vor wenigen Tagen aber so was von in die Presse gekommen. Es stehen Betrugsvorwürfe und Zahlungsunfähigkeit im Raum, Entwicklungen die belegen, wie mit dem geplanten Neubauquartier und seinen zukünftigen Mieter:innen umgegangen wird. Die Forderung muss heißen, das Holstenareal in kommunale Verantwortung zurückzunehmen und auf gar keinen Fall den städtebaulichen Vertrag mit der Adler Group zu unterzeichnen!

#### **e) Grand City Properties S.A.: etwa 1.660 WE (Mitte 2021)**

Das Wohnimmobilienunternehmen »Grand City Properties S.A.« ist mit 64.000 (nach anderen Angaben knapp 60.000, siehe weiter unten) Wohnungen in Europa dabei. Das Portfolio in Deutschland verteilt sich vor allem auf Großstädte. Von den 64.000 WE sind laut »Non-Financial Report 2020« vom 30. April 2021 etwa 5 % in Bremen und Hamburg zu finden ([https://www.grandcityproperties.com/fileadmin/user\\_upload/04\\_sustainability/Reports/GCP\\_Non-Financial\\_Re](https://www.grandcityproperties.com/fileadmin/user_upload/04_sustainability/Reports/GCP_Non-Financial_Re)



port\_2020\_final.pdf). Von diesen 5 % befinden sich 41 % der WE in Hamburg und 59 % in Bremen ([https://www.grandcityproperties.com/fileadmin/user\\_upload/03\\_investor\\_relations/Downloads/2021/GCP\\_H1\\_2021\\_results\\_presentation.pdf](https://www.grandcityproperties.com/fileadmin/user_upload/03_investor_relations/Downloads/2021/GCP_H1_2021_results_presentation.pdf)).

Laut »Financial Results Presentation H1« dieses Konzerns vom August 2021 bestand das Portfolio aus insgesamt 59.701 WE in Deutschland, London (dort 3.356 WE) und anderswo (12.308 WE), davon in Bremen/Hamburg 4.050 WE ([https://www.grandcityproperties.com/fileadmin/user\\_upload/03\\_investor\\_relations/Downloads/2021/GCP\\_H1\\_2021\\_results\\_presentation.pdf](https://www.grandcityproperties.com/fileadmin/user_upload/03_investor_relations/Downloads/2021/GCP_H1_2021_results_presentation.pdf)). Rechne ich jetzt mal 41 % von 4.050 WE, dann hatte Grand City Properties Mitte 2021 rund 1.660 WE in Hamburg. Für den schnellen Überblick: [https://de.wikipedia.org/wiki/Grand\\_City\\_Properties](https://de.wikipedia.org/wiki/Grand_City_Properties).

#### **f) Bonava: nur geringe Mietwohnungsbestände (2021)**

Das schwedische, international tätige Immobilienunternehmen »Bonava« scheint vor allem im An- und Verkauf engagiert zu sein, eigene Mietwohnungsbestände gibt es offenbar nur in geringem Maße, jedenfalls finde ich auch keine Zahlen dazu. O-Ton in einem aktuellen Unternehmensporträt: »Bonava ist in Deutschland vor allem in seinem Heimatmarkt Berlin, in den Wachstumsregionen Hamburg, Rhein-Main, Rhein-Ruhr, Köln/Bonn, Rhein-Neckar/Stuttgart, Sachsen und entlang der Ostseeküste tätig. Als Bauträger und Projektentwickler treibt Bonava jährlich Wohnbauprojekte an 150 Standorten voran. 2020 übergab das Unternehmen in Deutschland 2.030 Häuser und Wohnungen an ihre neuen Eigentümer« (<https://www.bonava.de/contentassets/5d2c9b-9f39ac427d81fc60b96cd2121c/bonava-unternehmensportrait-2021.pdf>). Abweichend davon heißt es an anderer Stelle, in einer ebenso aktuellen »Imagebroschüre«, dass es in 2020 genau 5.568 »Verkaufte Häuser und Wohnungen« insgesamt und 1.605 »Verkaufte Häuser und Wohnungen« in Deutsch-

land gegeben habe ([www.bonava.de/contentassets/5d2cfb-9f39ac427d81fc60b96cd2121c/2021-06-01\\_bonava\\_image-broschuere\\_web.pdf](http://www.bonava.de/contentassets/5d2cfb-9f39ac427d81fc60b96cd2121c/2021-06-01_bonava_image-broschuere_web.pdf)). Für den schnellen, aber eher dünnen Überblick: <https://de.wikipedia.org/wiki/Bonava>.

### g) Meravis Immobiliengruppe: leider unklar

Laut Geschäftsbericht von »Meravis« für das Jahr 2019 hatte dieses Immobilienunternehmen 11.826 WE im Bestand (<https://www.meravis.de/unternehmen/geschaeftsberichte/>). In Hamburg ist dieses Unternehmen mit drei Firmen vertreten [https://www.meravis.de/fileadmin/medienablage/Downloads/geschaeftsberichte/meravis\\_geschaeftsbericht\\_2019.pdf](https://www.meravis.de/fileadmin/medienablage/Downloads/geschaeftsberichte/meravis_geschaeftsbericht_2019.pdf)). Meravis hat Mietwohnungen, verkauft aber auch WE. Laut »Hamburger Abendblatt« (ohne Datum) hatte Meravis in Hamburg 25 »Objektmanager«, die Anzahl der WE wird leider nicht genannt (<https://www.abendblatt.de/empfohlene-experten/immobilienmakler/article231684273/Wohnen-Heute-morgen-und-uebermorgen.html>). Meravis ist aus dem Sozialverband Deutschland (SoVD) hervorgegangen und betreut nach anderer Angabe rund 15.000 »eigene und fremde Wohn- und Gewerbeeinheiten«. Nach dieser Quelle gibt es zumindest einen Hinweis: »Mit dem Kauf der Hamburger DAWAG verdoppelte meravis ihr Immobilienportfolio nahezu von ehemals 7.000 Wohneinheiten auf danach 13.000 Wohnungen. Das Hamburger Unternehmen wurde in meravis Wohnungsbau- und Immobilien GmbH und Co. KG umbenannt.« (<https://hamburgerjobs.de/arbeitgeber/meravis-wohnungsbau-und-immobilien-gmbh-37591>). Einen allzu guten Namen hat die SoVD-Tochter Meravis nicht, wie ein Bericht

in der MhM-Zeitschrift 2016 zeigt ([https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2017/67513/pdf/mietraum\\_2016\\_2\\_online.pdf](https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2017/67513/pdf/mietraum_2016_2_online.pdf)).

### h) LEG Immobilien AG: in Hamburg wohl ohne Wohnungen (2021)

Die »LEG Immobilien AG« verfügte Ende 2017 über 130.000 Mietwohnungen in Deutschland. Nach aktueller Angabe auf der Homepage sind es sogar 145.000 WE, vor allem in Nordrhein-Westfalen (<https://www.leg-wohnen.de/unternehmen>). Offenbar gibt es keine Mietwohnungen der LEG in Hamburg (<https://www.leg-wohnen.de/mietwohnungen>), zumindest nicht auf den ersten und zweiten Blick...Für den schnellen Überblick: [https://de.wikipedia.org/wiki/LEG\\_Immobilien](https://de.wikipedia.org/wiki/LEG_Immobilien)

Ich mache hier mal Schluss und notiere nur noch die Namen derjenigen Unternehmen, bei denen ggfs. noch recht aufwendig zu prüfen wäre, ob sie 3.000 und mehr WE in Hamburg haben:

- Frank Gruppe bzw. Frank Beteiligungsgesellschaft mbH mit etwa 20.000 WE ([https://de.wikipedia.org/wiki/Frank-Gruppe\\_\(Immobilien\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Frank-Gruppe_(Immobilien))). Bei diesem Unternehmen bin ich fast sicher, dass es mehr als 3.000 WE in Hamburg hat, vor allem auf dem Dulsberg. Aber nach einstündiger Recherche gebe ich auf, auch nur einen Geschäftsbericht zu finden, geschweige denn eine Angabe über die Zahl der WE in Hamburg.
- Blackrock (<https://de.wikipedia.org/wiki/BlackRock>).
- Round Hill Capital LLC mit ca. 30.000 WE ([https://en.wikipedia.org/wiki/Round\\_Hill\\_Capital](https://en.wikipedia.org/wiki/Round_Hill_Capital)).

## Tipps und Termine

Noch immer ist es nicht gelungen, das **Stadthaus** mit einer angemessenen Gedenkstätte für dessen Rolle in der NS-Zeit auszustatten. Wir erinnern uns, im Stadthaus hatte die Hamburger Gestapo ihre Zentrale. Am **Freitag, den 22. Oktober**, findet nun von 17.00 bis 18.00 Uhr die 151. **Mahnwache der VVN-Bund der Antifaschist:innen** statt. Vorgesehen sind mehrere Rede- und Kulturbeiträge. »Wir bleiben da und bleiben unbequem – das ist unser Beitrag zur angemessenen Erinnerung an Verfolgung und Widerstand in der Zentrale des Terrors im Hamburger Stadthaus«, so die Veranstalterin.

Ebenfalls am **Freitag, den 22. Oktober**, 19.00 Uhr, gibt es eine Veranstaltung zum Thema **Obdachlosigkeit** im Kleinen Michel (Michaelisstraße 5). **Markus Ostermair liest aus seinem neuen Roman »Der Sandler«**, in dem es ganz zentral um Obdachlosigkeit

und soziale Scham geht. Der Benefizabend kommt dem veranstaltenden Ledigenheim in der Rehhoffstraße zugute. Wichtig ist für diese Veranstaltung die rechtzeitige Anmeldung per Anruf unter der Nummer 298 13 888 oder via Mail an [anmeldung@stiftungros.de](mailto:anmeldung@stiftungros.de).

Immer dienstags von 18.30 bis 20.00 Uhr lädt die Universität Hamburg (Altes Hauptgebäude, Hörsaal J, Edmund-Siemers-Allee 1) in den kommenden Wochen ein zu **Andocken 20: Erinnerungstopoografie/Hamburger Geschichtslandschaften**. Es geht dabei um Gedenkstätten, Denkmäler, Museen und Straßennamen als Aushandlungsorte des kulturellen Gedächtnisses in Hamburg. Nach einer allgemeinen Einführungsveranstaltung und einen Abend zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme wird am **Dienstag, den 26. Oktober, die Debatte um das Bismarckdenkmal** fortgeführt. TeilnehmerInnen des Podiumsgesprächs

sind der Sozial- und Wirtschaftshistoriker Dr. Jörn Lindner, Dr. Ulf Morgenstern von der Otto-Bismarck-Stiftung sowie Pastor a. D. Ulrich Hentschel, Studienleiter für Erinnerungskultur an der Evangelischen Akademie. Am 2. November geht es um das Stadthaus, am 9. November um das Lagerhaus G usw. Zum Gesamtprogramm und den Teilnahmemodalitäten geht's hier: <https://www.zfw.uni-hamburg.de/oeffentliche-vortraege/programm-wise/04-andocken-20>.

In diesen Wochen erinnern wir uns eines der zentralen **Anwerbeabkommen**, demzufolge »Gastarbeiter:innen« in die Bundesrepublik kamen. **Vor 60 Jahren** wurden entsprechende Vereinbarungen **mit der Türkei** getroffen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung macht die Auswirkungen auf die Berliner Stadtgesellschaft zum beispielhaften Thema eines Livestreams am **Mittwoch, den 27. Oktober**, um 17.30 Uhr auf Youtube. **Wir wollen keinen Dank, wir wollen Respekt**, so der Titel der Veranstaltung, auf der Senatorin Elke Breitenbach, die Migratinsforscherin Manuela Bojadzijev sowie Ayşe Demir, die Vorstandssprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg ins Gespräch kommen sollen, moderiert von Koray Yilmaz-Günay. Zum Livestream rechtzeitig auf [https://www.rosalux.de/livestream#pk\\_campaign=adb](https://www.rosalux.de/livestream#pk_campaign=adb) gehen. Die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN bereitet für den 3. November übrigens einen Antrag vor, in dem der Senat aufgefordert wird »zu prüfen, auf welchem Wege und in welcher Form ein dauerhaftes Denkmal für die Hamburger Gastarbeiter:innen realisiert werden kann.«

Immer wieder geistern Konzepte oder Diagnosen durch die pädagogische Landschaft, die einfache



Lösungen für herausfordernde Situationen versprechen. Dabei geht es in der Regel jedoch um Machtausübung über Kinder. Der **Alternative Wohlfahrtsverband SOAL** möchte dem auf die Spur kommen und hat dafür eine **digitale Veranstaltungsreihe (Beziehung statt Patent-**

**rezept)** geplant. Den Auftakt bietet ein Fachgespräch am Mittwoch, den 27. Oktober, von 17.00 bis 18.30 Uhr. Ausführliche Informationen dazu gibt es unter [https://www.soal.de/media/pdf/beziehung-statt-patentrezept\\_web.pdf](https://www.soal.de/media/pdf/beziehung-statt-patentrezept_web.pdf).

Zu einer ersten Versammlung der Akelius-Mieter:innen soll es am Donnerstag, den 28. Oktober, um 19.00 Uhr bei FUX (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof Eingang West, 2. Stock Seminarraum von dock europe) kommen. Dafür gibt es auch einen wirklich wichtigen Anlass, schließlich gehen die rund 3.600 Wohneinheiten laut Pressemitteilung vom 26. September zum Jahresende auf den schwedischen Wohnungskonzern »Heimstaden« über. Und da gibt es doch schon allherhand zu fragen, beispielsweise, ob die gebeutelten Akelius-Bewohner:innen vom Regen in die Traufe kommen. Es laden ein: Christina Zeh (Akelius-AG/Recht auf Stadt), Paul Mann (Mieterverein), Marc Meyer und Christiane Hollander (Mieter helfen Mietern). Mehr unter <https://twitter.com/mhmhamburg/status/1448774008850288641>.

Seit Monaten toben die Auseinandersetzungen um den **Abriß bzw. den Neubau der Sternbrücke**. Für Aufregung hat nicht zuletzt eine Senatsmitteilung gesorgt, in der es um Alternativenprüfungen, den Verkehr, die Baustellenorganisation und vieles mehr geht (Drs. 22/2023 vom 3.11.2020; [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73230/sternbruecke\\_bericht\\_zur\\_auswahl\\_der\\_vorzugsvariante\\_zugleich\\_stellungnahme\\_des\\_senats\\_zu\\_dem\\_ersuchen\\_der\\_buergerschaft\\_vom\\_24\\_juni\\_2020\\_neubau\\_der\\_s.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73230/sternbruecke_bericht_zur_auswahl_der_vorzugsvariante_zugleich_stellungnahme_des_senats_zu_dem_ersuchen_der_buergerschaft_vom_24_juni_2020_neubau_der_s.pdf)). Nun ist für **Freitag, den 29. Oktober**, um 17.00 Uhr im Hamburger Rathaus eine **öffentliche Anhörung des Verkehrsausschusses der Bürgerschaft** angekündigt – eine gute Möglichkeit, dass sich hier Bürger:innen direkt zu Wort melden können. Informationen zur Teilnahme sind hier zu finden <https://www.hamburgische-buergerschaft.de/contentblob/15455282/c3da661d6a8b5f25c1d84fa-198bece4a/data/211029-dl.pdf>. Das Ganze lässt sich aber auch am heimischen Bildschirm verfolgen (<https://www.hamburgische-buergerschaft.de/ausschussitzungen/ausschuesse-live/>).

Ebenfalls am **Freitag, den 29. Oktober**, lädt die Stadthaus-Initiative ein zur Life-Veranstaltung **Profit versus Gedenken. Eine erinnerungspolitische Intervention**. Die Gesprächsteilnehmer:innen Ulrich Hentschel,

Wolfgang Kopitzsch, Miriam Rürup und Arnold Weiß – moderiert von Siri Keil – wollen problematisieren, dass so manche erinnerungspolitisch wertvollen Gebäude und Flächen an private Investor:innen verkauft werden, ohne Rücksicht auf die Sicherung des so wichtigen Gedenkortes. Dies gilt für das geplante **Dokumentationszentrum** neben dem ehemaligen Deportationsort Hannöverscher Bahnhof, wo auch die NS-belastete Firma Wintershall Dea unterkommen soll; dies trifft auf das **Stadthaus** zu, den ehemaligen Sitz der Gestapo, wo die kleine Gedenkstätte in einem Buchladen versteckt ist; und dies meint auch die denkmalgeschützten Überreste der weltweit ersten **Synagoge** des Reformjudentums in der Neustadt, die nicht als Würdigungs- und Begegnungsort hergerichtet, sondern in ein hochpreisiges Wohnhaus integriert werden sollen. Die Veranstaltung beginnt an diesem 29. Oktober um 19.00 Uhr im FORUM der Apostelkirche Eimsbüttel (Bei der Apostelkirche 2). Um **Anmeldung** wird gebeten: stadthaus-initiative-hh@posteo.de.

Durch die skandalösen Meldungen über die Adler Group (siehe weiter oben) kommt die **Bebauung des Holstenareals** einmal mehr ins Rampenlicht der kritischen Öffentlichkeit. Die Behörden sind also unter Druck. Am **Samstag, den 30. Oktober**, soll nun von 11.00 bis 15.00 Uhr auf dem Schulhof der Theodor-Haubach-Schule (Haubachstraße 55) über den betreffenden **Bebauungsplan und den städtebaulichen Vertrag** informiert werden. Interessierte können in diesem Zeitraum jederzeit kommen und Fragen an die Planer:innen stellen. Die öffentliche Auslegung der beiden Dokumente erfolgt dann von Anfang/Mitte November bis Anfang/Mitte Dezember im Bezirksamt Altona (Jessenstraße 1). Über die Internetseite des Projekts können weitere Infos bezogen werden (<https://www.hamburg.de/altona/beteiligung-holsten/9212644/beteiligung/>).

In diesem Zusammenhang ist sicherlich die achtseitige Ausgabe des Magazins zur Entwicklung des Holstenareals (»Holstenareal neu denken«) vom Oktober 2021 zu erwähnen (<https://www.hamburg.de/contentblob/15467450/558d278c68b5f9559ca38a0e3f-62baed/data/211013-download-infozeitung-ausgabe-06.pdf>).

Am **Dienstag, den 2. November**, soll nun auch offiziell die **Gründung einer Hamburger Stiftung für Baukultur (HSBK)** erfolgen. Hervorgegangen ist diese Idee aus der Hamburgischen Architektenkammer, um »so ein zukunftsorientiertes Forum für Baukultur in und für Hamburg« zu schaffen. Im Mittelpunkt soll vor allem die Ausweitung der Kommunikation stehen, es sind Veranstaltungen und Ausstellungen vorgesehen, um den gemeinsamen Sachstand, neue Visionen, Beteiligung und Vernetzung im Bereich Baukultur zu initiieren. Gestartet werden soll mit dem Schwerpunkt urbane Nachbarschaften. Wer weitere Informationen wünscht oder in den HSBK-Verteiler aufgenommen werden will, meldet sich per Mail an [info@hsbk.city](mailto:info@hsbk.city).



Der **Denkmalschutzverein** lädt für **Samstag, den 6. November**, um 15.00 Uhr ein zu einem **Online-Workshop** mit Anke M. Leitzgen (tinkerbrain) zur **Bedeutung und Vermittlung von Baukultur und Kulturerbe**. Interessant ist die Veranstaltung vor allem für Menschen, die sich in der Baukultur-Vermittlung engagieren, sei es in der Familie oder zur Verbesserung der eigenen Rundgangspraxis. Die Teilnahmegebühr beträgt 20,- Euro und geht mit der Vorab-Übermittlung eines Workbooks für Zeitreisende unter der Überschrift DENKMAL EUROPA einher. Die Anmeldung und Überweisung der Teilnahmegebühr muss bis zum 27. Oktober erfolgen. Mehr dazu hier: <https://www.denkmalverein.de/angebote/veranstaltungen/date:20211106/id:workshop-baukultur-vermittlung>.

## HOLSTENAREAL NEU DENKEN

Ausgabe Nr. 6

Oktober 2021

MAGAZIN ZUR ENTWICKLUNG DES HOLSTENAREALS





Der Kongress findet am **18./19. November** in **hybrider Form** statt. Mehr dazu unter <https://www.zukunftbau.de/veranstaltungen/zukunft-bau-kongresse/2021>.



»Corona verschärft die Ungleichheit«, diese Erkenntnis ist inzwischen wohl Allgemeingut geworden. Untermauert wird diese Aussage durch eine im September von der gewerkschaftsverbundenen Hans-Böckler-Stiftung publizierte 68seitige **Studie** von Tobias Just und Rupert Eisfeldt, in der es um **Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die deutschen Wohnungsmärkte** geht. Die Sozialwissenschaftler stellen fest, dass »sich die Erschwinglichkeit von Mietwohnungen vielerorts weiter verschlechtert« habe, und das bei teilweise sinkenden Einkommen (z.B. durch das verbreitete Kurzarbeitergeld). Für alle, die sich mit dem Zusammenhang von Wohnungsmarkt-Entwicklungen unter Corona beschäftigen eine unverzichtbare Veröffentlichung. Mehr: [www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-corona-verscharft-die-ungleichheit-35597.htm](http://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-corona-verscharft-die-ungleichheit-35597.htm).

### Wohnen: Teurer trotz Pandemie

So hoch war im vergangenen Jahr\* in Deutschland der Anstieg der ...



\* zwischen dem 1. Quartal 2020 und dem 2. Quartal 2021, \*\* Neuvertragsmieten  
Quelle: Just, Eisfeldt 2021

Hans Böckler  
Stiftung  
Quelle: HBS

**Wie schwer es ist, in Hamburg eine bezahlbare Wohnung zu finden**, das zeigt ein fünfeinhalbminütiger Beitrag, der am 14. September im **ARD-Morgenmagazin** gelaufen ist. »Sie gehören zum Alltag in Deutschland: Verzweifelte Wohnungsgesuche aufgehängt an Ampeln, am Büdchen oder am schwarzen Brett im Supermarkt.« Diesen Zetteln ist MOMA-Moderatorin Anna Planken buchstäblich nachgegangen. »Und sie stellt fest, dass der Kampf um bezahlbare Wohnungen junge Familien besonders hart trifft. Auch für Gutverdienende gilt mittlerweile: Zwei Kinder, zwei Einkommen und es reicht einfach nicht für eine entsprechende Wohnung. Wie soll es weitergehen, wenn wohnen in Deutschland arm macht?« Die Mediathek hält den Bericht vor: [https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/videos/moma\\_reporter\\_wohnen-unbezahlbar-100.html](https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/videos/moma_reporter_wohnen-unbezahlbar-100.html).

Schon nicht mehr taufrisch, aber in diesem »Bürger:innenbrief« noch nicht erwähnt ist die mittlerweile 18. Nummer des **Newsletters »Hamburg. Deine Perlen«**, herausgegeben in unregelmäßigen Abständen von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Die Nummer ist bereits im Juni 2021 erschienen und auf 24 Seiten allgemein der **Integrierten Stadtentwicklung** im laufenden Jahr, primär dem Jubiläum **50 Jahre Städtebauförderung** in Hamburg gewidmet. Das Heft ist insofern besonders interessant, als dass es einen aktuellen Überblick über das Rahmenprogramm Integrierte Stadtentwicklung (RISE) vermittelt. Und auch die Karte mit sämtlichen Fördergebieten lohnt es, näher betrachtet zu werden. Guckst du hier: [www.hamburg.de/contentblob/15204080/3b19c4cd-f68e686f41656b7478765a04/data/h-d-p-ausg18-sonderausgabe.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/15204080/3b19c4cd-f68e686f41656b7478765a04/data/h-d-p-ausg18-sonderausgabe.pdf).



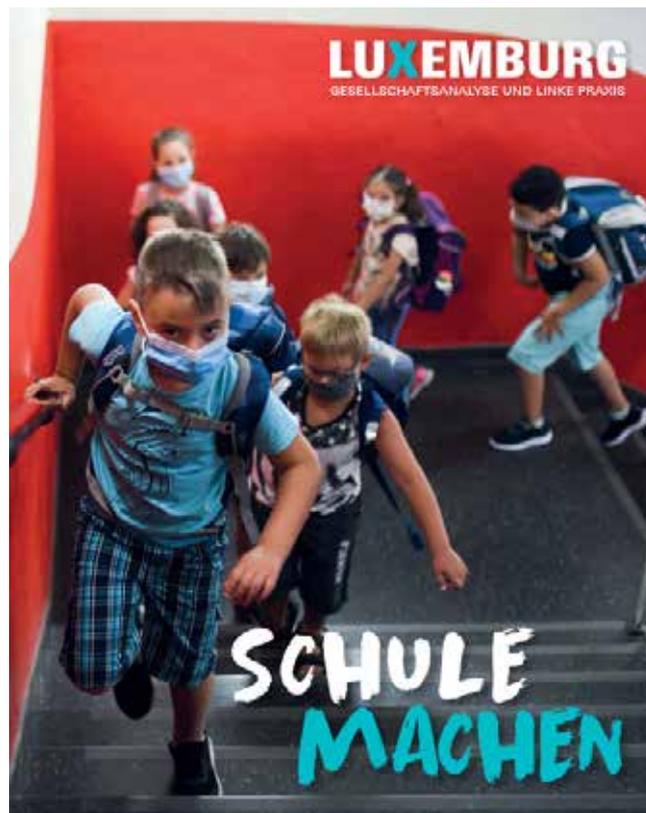
Noch kurz vor den Koalitionsverhandlungen im Gefolge der Bundestagswahl hat das bundesweite **Bündnis Verkehrswende** am 7. Oktober ein **Forderungspapier** veröffentlicht, das sich auch für die nächste Zukunft als richtungsweisend darstellen dürfte. Das aus 30 Verkehrsinitiativen zusammengesetzte Bündnis versucht, die nötigen verkehrs- mit den überfälligen klimapolitischen Zielen zu verbinden. Thematisch geht es u.a. um den zu überarbeitenden Bundesverkehrswegeplan, die Beteiligung von Umweltexpert:innen und die Senkung von Schadstoffen und Lärm. Zur dreiseitigen Erklärung geht es hier: [www.buendnis-verkehrswende.com/](http://www.buendnis-verkehrswende.com/).



Eine knappe halbe Stunde bester Unterhaltung zu einer der zentralen Verkehrsfragen bot Jan Böhmertmann Mitte September. **Wir brauchen eine Politik gegen das Auto**, und das bringt Böhmertmann in seinem ZDF-Magazin absolut klasse auf den Punkt: <https://twitter.com/janboehm/status/1438978827372335104>.

Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift **Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis** (Nr. 2/2021) ist dem Schwerpunkt **Schule machen** gewidmet. Die neue Luxemburg bringt sozialistischen Wind in die Bildungsdiskussion, wirbt das Heft vielversprechend. In rund 25 Beiträgen geht es u.a. um Schulen und digitales Lernen in der Pandemie, um berufliche und polytechnische Bildung und nötige Änderungen

im Lehramt. Mit einem Interview ist auch Sabine Boeddinghaus vertreten, das Thema: »Der schwere Weg zu einer Schule für alle. Warum sich keiner vom Gymnasium trennen will«. In einem weiteren Beitrag berichtet Louisa Lullien über »Das andere Klassenzimmer. Ein Besuch in der Max-Brauer-Schule in Hamburg«. Die gesamte Ausgabe gibt es als PDF unter [www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2021/09/lux\\_21\\_02\\_web.pdf](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2021/09/lux_21_02_web.pdf).



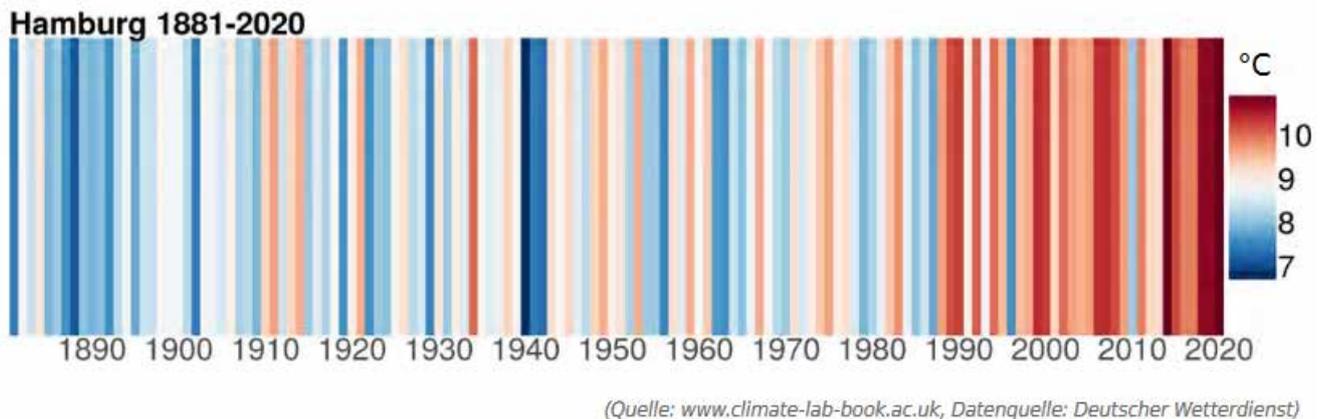
Als »skrupellos und gefährlich« bezeichnete Norbert Hackbusch, Bürgerschaftsabgeordneter der LINKEN, das **Verhalten des ehemaligen Bürgermeisters Olaf Scholz in der CumEx-Affäre**. Anlass war unsere Pressekonzferenz zur Halbzeitbilanz des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am 13. September ([www.linksfraktion-hamburg.de/themen/finanz/haushalt/keinrespektfuerbankster-halbzeit-im-pua-cum-ex/](http://www.linksfraktion-hamburg.de/themen/finanz/haushalt/keinrespektfuerbankster-halbzeit-im-pua-cum-ex/)). Wen's genauer interessiert, hier ist unser knapp vierminütiges Video: [www.youtube.com/watch?v=4B1B-gyzRIBY](https://www.youtube.com/watch?v=4B1B-gyzRIBY).

Und schließlich sei noch das Generationenthema Klimakatastrophe angeführt. Am 23. September legte der Deutsche Wetterdienst (DWD) seinen Hamburger

Klimareport vor, gerade rechtzeitig vor dem letzten Klimastreik am darauffolgenden Tag. Die Ergebnisse sind dramatisch, noch dramatischer, als bisher angenommen, insbesondere die stetig anwachsende Durchschnittstemperatur. Für Hamburg birgt der Klimareport düstere Perspektiven, beispielsweise was

den Anstieg des Meeresspiegels betrifft. Zum 56seitigen **Klimareport Hamburg. Fakten bis zur Gegenwart – Erwartungen für die Zukunft** geht es hier: [www.hamburg.de/contentblob/15421026/822d441e-a002e436cade3fc9630aa85a/data/d-kimareport-hamburg-dwd.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/15421026/822d441e-a002e436cade3fc9630aa85a/data/d-kimareport-hamburg-dwd.pdf).

*Die farbigen Streifen auf der Titelseite visualisieren die Durchschnittstemperaturen für Hamburg zwischen 1881 und 2020; jeder Streifen steht für ein Jahr. Die Grafik wurde von Ed Hawkins entwickelt.*



## Kritik an der hamburgischen Impfpraxis

Von **Deniz Celik**,

gesundheits- und innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, Bürgerschaftsrede vom 29. September

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Eine Erhöhung der Impfquote ist dringend notwendig und wir müssen die Menschen erreichen, wo sie sind. Sowohl räumlich mit dezentralen Impfangeboten, als auch intellektuell und emotional mit einer Aufklärung, die offene Wissensfragen beantwortet, als auch Ängste nimmt. Und wir brauchen vom Senat endlich eine klare Ansage darüber, ab welcher Impfquote die Aufhebung aller Einschränkungen erfolgen soll. Die Aussicht darauf alle Freiheiten zurück zu erlangen und wieder ohne Einschränkungen sich treffen zu können, würde noch viel mehr Menschen motivieren sich impfen zu lassen. Statt die Gesellschaft weiter zu spalten, brauchen wir endlich eine positive Erzählung, eine Exit-Strategie, die möglichst viele zum Mitmachen bewegt.

Aber der Senat nimmt einen anderen Weg. Er nutzt alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um ungeimpfte Menschen das Leben so sauer wie möglich zu machen. Sie sollen sich impfen lassen, weil sie einfach keinen anderen Ausweg sehen am gesellschaftlichen Leben noch irgendwie teilzunehmen und nicht etwa, weil sie zu der Erkenntnis kommen, dass Impfungen uns schützen und notwendig sind, um die Pandemie zu besiegen. Argumentiert wird moralisch: Es heißt dann, warum soll die Allgemeinheit für die Testkosten der Unbelehrbaren aufkommen? Wir zahlen doch nicht für die Unvernunft dieser Impferweigerer.

Ja, es ist unvernünftig sich nicht impfen zu lassen, und ja, sich impfen zu lassen ist ein Akt der Solidarität.

Aber ist es vernünftig, eine moralische Überlegung zur Grundlage von Entscheidungen zur Pandemie-Bekämpfung zu machen? Ich denke nein, entscheidend sollte sein, ob es epidemiologisch Sinn macht. Und genau das bezweifle ich.

Ab dem 11. Oktober werden die allermeisten Ungeimpften ihre Corona-Tests selbst zahlen müssen. Das bedeutet für Menschen, die nicht viel Geld haben und trotzdem am gesellschaftlichen Leben teilhaben möchten, de facto eine Impfpflicht.

Ab dem 11. Oktober sind auch die Tests von kommerziellen Testzentren nicht mehr anerkannt. Anerkannt werden nur noch Tests, die in Apotheken, ärztlichen Praxen oder Laboren vorgenommen werden. Weshalb eigentlich? Sind kommerzielle Testzentren über Nacht nicht mehr zuverlässig? Wohl eher nicht, sondern aus dem einfachen Grund, dass Testen den Menschen so unbequem wie möglich zu machen. Wenn aber noch weniger Menschen sich testen lassen, werden wir noch weniger über das Infektionsgeschehen wissen. So wird die Durchbrechung von Infektionsketten nahezu unmöglich gemacht. Und das kann doch nicht richtig sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kinder und Jugendliche werden regelmäßig in der Schule getestet, der Schülerschein reicht als Testnachweis. Ebenso

werden viele Beschäftigte auch regelmäßig bei ihrer Arbeit getestet, diese Tests zahlt nicht die Allgemeinheit, sondern der Arbeitgeber. Doch selbst diese Tests dürfen in 3-G-Kontexten nicht mehr anerkannt werden. Nicht weil sie unzuverlässig sind, sondern einfach nur, um den Druck zu erhöhen.



Ankündigung einer Impfkation in St. Georg vor allem für Menschen ohne Krankenversicherung oder Hausarzt bzw. -ärztin

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat beschlossen, dass Ungeimpfte, die in für die Zeit in der Quarantäne bekommen sollen. Das Argument ist: Diese Menschen haben ihre Quarantäne durch ihre Unvernunft selbst verschuldet, warum sollen dafür die Vernünftigen zahlen? Moralisch mag man sich auf der richtigen Seite wähnen und darauf vertrauen, dass Menschen sich impfen lassen um eine unbezahlte Quarantäne zu vermeiden. Die Motivation eine unbezahlte Quarantäne zu vermeiden dürfte bei vielen Menschen hoch sein. Viele Menschen, insbesondere aus dem Niedriglohnsektor und Dienstleistungsbereich haben durch Corona schon schmerzhaft finanzielle Einbußen gehabt. Und insbesondere sie können oft ihre Arbeit nicht ins Home-Office verlegen, weil man eben im Homeoffice nicht kassieren kann, nicht Pizza ausliefern kann und keine Schweinehälften zerteilen kann. Der Wegfall der Lohnfortzahlung wäre also existenziell.



Rund 300 bis 400 Menschen fanden sich bei der vom St. Georger Gastwirt Mehmet Simsit initiierten ersten Impfkation am 18. Oktober auf dem Hansaplatz ein (Foto: Michael Joho)

Menschen müssen also vermeiden in Quarantäne zu geraten. Und wie machen sie das? Wir glauben eben nicht, dass das Menschen massenhaft von einer Impfung überzeugt. Was wir eher befürchten ist, dass Menschen alles dafür tun nicht als Kontaktperson vom Gesundheitsamt identifiziert zu werden. Ein großer Teil der Infektionen passiert in privaten Haushalten. Corona-Infizierte werden ihre Kontakte zu ungeimpften Freund:innen und Familienmitgliedern nicht mehr angeben, ungeimpfte Menschen werden versuchen möglichst unregistriert und uneingecheckt durch den Alltag zu kommen. Im schlimmsten Falle bleiben ihre Infektionen unentdeckt und sie gehen weiterhin zur Arbeit und gefährden ihre Kolleg:innen und Kund:innen. Solch ein Verhalten mag man moralisch verurteilen, aber das nützt nichts.

Was uns nützt ist eine größtmögliche Ehrlichkeit in der Kontaktnachverfolgung, damit sie effektiv weitere Infektionen verhindert, das geht aber nur, wenn keine negativen Sanktionen drohen.

#### *Kurzer Einwurf von Michael Joho:*

Bei den jüngst verkündeten Regelungen für den Umgang mit Corona (also die vermehrte Orientierung auf 2-G) handelt es sich aus meiner Sicht keineswegs um »moralische Überlegungen«, den Ungeimpften das Leben schwer zu machen. Es handelt sich meines Erachtens vielmehr darum, endlich einen entscheidenden Schritt im Kampf gegen die Pandemie voranzukommen, möglichst noch vor dem Winter. Und das funktioniert nur, wenn sich schnellstens ein erheblich größerer Anteil der Bevölkerung impfen lässt. Für die so genannte Herdenimmunität reichen bei COVID-19 eben nicht die bisher erreichten 70 Prozent, wir benötigen laut Expert:innenmeinung eine Impfquote von mindestens 85, besser wohl 90 Prozent. Jede Verzögerung weiterer Impfungen bei Menschen, die diese aus gesundheitlichen Gründen nicht vermeiden müssen, verlängert das Leiden an dieser Seuche, fordert alleine in Deutschland täglich mehrere tausend Erkrankungen und zwischen 10 und 92 Toten (so die Spanne zwischen dem 13. und dem 20. Oktober).

Als Historiker merke ich noch an, dass die global erfolgreiche Überwindung der Pocken und – zumindest in Europa – die weitestgehende Zurückdrängung der Poliomyelitis (kurz Polio) auf große Impfkampagnen zurückzuführen sind. Ohne die entsprechenden, flächendeckend verabreichten Impfstoffe

wären alleine in den letzten Jahrzehnten viele Millionen Erdenbürger:innen diesen schrecklichen Geißeln der Menschheit zum Opfer gefallen. 219 Millionen Corona-Infizierte und 4,55 Millionen Corona-Tote weltweit gemahnen zum schnelleren Handeln.

## Querdenken – Quarkdenken?

Über eine nicht-öffentliche Veranstaltung zu Querdenker-Aktivismus in Hamburg

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass



Querdenker-Kundgebung auf dem Rathausmarkt im März 2021 (Foto: Christiane Schneider)

Am 22. September lud die Fraktion DIE LINKE bildungs-, jugend- und familienpolitische Akteur:innen zu einem Austausch über Querdenker-Aktivismus in Hamburg ein. Anlass war die Aktivität von Monika Pilz-Ertl, die in der Querdenken-Szene aktiv ist und zeitgleich im Vorstand des Landeselternausschusses sitzt.<sup>1</sup> DIE LINKE selbst hatte mehrere Anfragen zu den Aktivitäten von Corona-Leugner:innen und

<sup>1</sup> <https://www.mopo.de/hamburg/heilkraeuter-als-corona-schutz-querdenker-alarm-in-hamburger-elternausschuss-38400698/>, <https://twitter.com/lurkmore.com/i/status/1395789487213400064>

Querdenker-Aktivist:innen an Hamburger Schulen gestellt.<sup>2</sup> Dort wird mit Stand November 2020 nur eine geringe Zahl gemeldeter Aktivitäten – 22 – aufgeführt. Neuere Erkenntnisse liegen laut Aussage des Senats nicht vor. Dennoch ist

<sup>2</sup> [www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73403/aktivitaeten\\_von\\_corona\\_leugnern\\_innen\\_an\\_hamburger\\_schulen.pdf](http://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73403/aktivitaeten_von_corona_leugnern_innen_an_hamburger_schulen.pdf), [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/75060/corona\\_leugner\\_innen\\_an\\_hamburger\\_schulen\\_stand\\_und\\_massnahmen.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/75060/corona_leugner_innen_an_hamburger_schulen_stand_und_massnahmen.pdf), [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76272/rechtssoffene\\_erziehungsanstalt\\_verquerdenkender\\_corona\\_leugner\\_innen\\_geplant.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76272/rechtssoffene_erziehungsanstalt_verquerdenkender_corona_leugner_innen_geplant.pdf)

das Thema nicht von unerheblichem Belang. Gesamtgesellschaftlich zeigte sich der extreme Zug der Querdenker- und Coronaleugner-Bewegung<sup>3</sup> am Mord in Idar-Oberstein am 18. September 2021, der den traurigen aktuellen Hintergrund für die Diskussion drei Tage später darstellte.

Parallel zur jungen »Querdenken«-Bewegung gibt es seitens der extremen Rechten immer wieder Versuche, unter dem vorgeblich »unschuldigen« und »unideologischen« Thema der Rechte und Belange der Kinder und Jugendlichen in kinder-, schul- und bildungspolitischen Gremien, Organisationen und Institutionen Fuß zu fassen.



Am Abend des 22. September waren drei ausgewiesene Expert:innen zu den Themenfeldern extreme Rechte, Anti-Corona-Protestbewegung und esoterisches Milieu eingeladen.

Andreas Speit, Journalist und Autor des jüngst erschienenen Buches »Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder im alternativen Milieu«<sup>4</sup>, zeichnete in einem groben Überblick nach, inwiefern in der Querdenken-/Corona-Leugner:innen-Szene zum Teil alternatives, kritisch gemeintes Denken den Abzweig in den Obskurantismus und in die Nähe – bis zur Überschneidung – der extremen Rechten vollziehen. Das oberflächlich unvereinbare Miteinander verbindet sich über die Schnittstelle antiaufklärerischer Reaktionen auf Krisenerscheinungen der Moderne, sprich der kapitalistischen Welt. Speit sprach mit einem historischen Rückblick von einer »dritten« Lebensreformbewegung in Deutschland. In dieser würden parallel zu den lebensreformerischen Bewegungen im Kaiserreich (die bei den Völkischen landeten) und der zweiten Alternativbewegung (den so genannten Neuen Sozialen Bewegungen, die bei den Grünen landeten) – die neben einem progressiven Bein auch ein ökologisch-reaktionäres hatte –, eine Vielzahl individualisierter reaktionärer Erklärungsmuster auf die Zumutungen und Herausforderungen der gegenwärtigen Krisen gegeben. Speit stellte heraus, dass der Anknüpfungspunkt für »Querdenken« durch-

aus in den Widersprüchen der gegenwärtigen Gesellschaft liege – wie in den Investitionen der Gates-Stiftung in Impfforschung und deren Spenden an die WHO (siehe dazu auch die Veranstaltung der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg<sup>5</sup>). Die Antworten jedoch führen von einer »linken« Problemstellung fort von linken – d.h. rationalen, humanistischen – Lösungen. Die Welt, so drängt es sich auf, in der die Querdenker- und Corona-Leugner:innen leben, entspringt eher Science Fiction-Romanen.

Larissa Denk und Fabian Kaufmann, Bildungsreferent:innen und in der politischen Bildungsarbeit aktiv, präsentierten das konkrete Beispiel Hamburger Aktivitäten einer »alternativen« Schulgründung durch Pandemieleugner:innen<sup>6</sup> und der Telegram-Gruppe »Eltern klagen An!«<sup>7</sup>. Sie zeigten auf, wie Querdenker-Aktivist:innen versuchen, die Szene zu organisieren und ihr dadurch Macht zu verleihen. Die auf den ersten Blick »besorgte« und unpolitisch daher kommende Szene bietet Platz eben für »Querdenken« und die anlässlich der Coronakrise aufkommenden apokalyptisch angehauchten Verschwörungsmysmen. Letztere bilden einen Baustein, bisweilen auch den Bodensatz für reaktionäre Weltbilder und Erklärungen für gesellschaftliche (und ökonomische) Krisen. Ein von ihnen vorgelegter druckfrischer Bildungsbaustein zur Entkräftigung von Corona-Mythen schafft eine solide Grundlage für die pädagogische Arbeit.<sup>8</sup>

Die Diskussion zwischen den Anwesenden drehte sich um die Fragen, wie die einzelnen in ihren Bereichen mit Pandemieleugner:innen und Querdenker:innen konfrontiert sind, aber auch, welche Strategien sie anwenden, um im professionellen Kontext mit solchen Haltungen umzugehen. Eine positive Erfahrung war, die Argumentationsebene zu verlassen und nach den Gefühlen zu fragen, die die einzelnen antreiben. Denn – so ließe sich weiter ausführen – in dem Glauben an Verschwörungsmysmen und »Querdenken« finden sich ebenso wie Erfahrungen von individueller Ohnmacht angesichts der gesellschaftlichen Krise auch Aspekte von Sinngebung und individueller Bemächtigung – quasi Größenwahn; dieser fände einen Widerklang in den kollektiven Exzessen der Anti-Corona-Demos, die unter Duldung der Polizei massenhaft die Vorgaben zum Infektionsschutz brachen und auch gewalttätig gegen die Repräsentation der gesellschaftlichen Ordnung rebellierten. Ihre Rebellion ist jedoch daher vergeblich, da es weder eine Perspektive aus der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung hinaus gibt noch ein tragfähiges Gerüst, auf dem die Annahmen der Querdenker:innen über die Welt stehen.

<sup>5</sup> [https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/FCDHB/gates-stiftung-who-und-goennertum-im-globalen-gesundheitsbereich?cHash=50d5b-5633933bb235ef5578949eac2](https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/FCDHB/gates-stiftung-who-und-goennertum-im-globalen-gesundheitsbereich?cHash=50d5b-5633933bb235ef5578949eac2), <https://www.medico.de/blog/nur-ein-symptom-17786>

<sup>6</sup> Siehe auch: <https://taz.de/Freie-Schule-in-Hamburg-beantragt/!5773020&SuchRahmen=Print/>, <https://taz.de/Gruendung-einer-Querdenkerschule/!5778545/>

<sup>7</sup> [http://beratungsnetzwerk.hamburg/wp-content/uploads/2021/07/eltern-stehenauf\\_06\\_29\\_druck.pdf](http://beratungsnetzwerk.hamburg/wp-content/uploads/2021/07/eltern-stehenauf_06_29_druck.pdf)

<sup>8</sup> <http://corona-mythen.org/>

<sup>3</sup> Siehe auch das Schwerpunktheft »Verschwörungstheorien« der Zeitschrift »Aus Politik und Zeitgeschichte«: [www.bpb.de/system/files/dokument\\_pdf/APuZ\\_2021-35-36\\_online.pdf](http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2021-35-36_online.pdf)

<sup>4</sup> [https://www.christoph-links-verlag.de/index.cfm?view=3&titel\\_nr=9110](https://www.christoph-links-verlag.de/index.cfm?view=3&titel_nr=9110)

Das im Titel dieses Artikels polemisch bezeichnete »Quarkdenken« findet einen Kern in Rosa Luxemburgs Gegenüberstellung: »Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark.« Damit nennt sie auch die Alternative zur bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, die in ihrer Widersprüchlichkeit gerade die Bruchpunkte hervorbringt, an denen das erste, ominöse Gefühl ansetzt, das »etwas« nicht stimmt. Was aber nicht stimmt hat mehr mit der Eigentumsordnung und den Produktionsverhältnissen zu tun als mit Chemtrails und Echsenmenschen. An dem Eindruck, etwas stimme nicht, nicht genannte Interessen spielten in den politischen Entscheidungen eine Rolle, so ein Einwand, daran ließe sich bis zu einem gewissen Grad produktiv anknüpfen. Weniger im Sinne einer Weltverschwörung und Mikrochip-Impfung als damit, dass es in einer Klassengesellschaft widerstreitende Interessen gibt, die oftmals weniger direkt wie in Arbeitsauseinandersetzungen aufeinander treffen. Bevor auf den Eindruck die verschwurbelte Antwort folgt, gelte es einzusetzen und konkrete Antworten und Handlungsalternativen gegen die Dominanz der herrschenden Klasse und ihres Denkens zu finden und zu entwickeln.

Der Abend fand einen erkenntnisreichen wie nachdenklichen Ausklang. Vor allem herrschte der Eindruck vor, die Veranstaltung sei nur ein allererster Aufschlag gewesen. Denn das Thema erfordere eine intensivere Bearbeitung und eine tiefe Diskussion, die mehr als einen Abend Zeit bedarf.



## Neustadt: Drohender Abriss in der Zeughausstraße – Bewohner:innen entsetzt



Aktuelle Mieter:innen-Aktion vor dem abrisstbedrohten Wohnhaus in der Zeughausstraße 42 (Fotos: Heike Sudmann)

Wer in Hamburg das Glück einer relativ günstigen Miete hat, möchte diesen Zustand möglichst lange erhalten. Ganz anders sehen das oft Eigentümer:innen: Für sie sind niedrige Mieten nicht so erfreulich, verhindern sie doch noch größere Gewinne. Sind höhere Mieten nicht einfach durchsetzbar, z.B.

weil die Mieter:innen schon seit Jahrzehnten dort wohnen und nicht ausziehen wollen, werden andere Möglichkeiten gesucht. Und da bietet sich der Abriss alter Wohngebäude mit anschließendem (größerem) Neubau an. Diese bittere Erfahrung müssen gerade die Bewohner:innen in der Zeughausstr. 42/44 ma-

chen. Besonders perfide: Erst durch meine Anfrage an den Senat (Bürgerschaftsdrucksache 22/5428 vom 20.8.2021;) erfuhren sie, dass ihr Haus abgerissen werden soll.

Nach den Berichten der Mieter:innen hat die Eigentümerin, die »HVA Hausverwaltung Alsterufer GmbH«, seit Jahren nichts mehr an den Häusern und Wohnungen gemacht. Die Wohnungen sollen anscheinend systematisch runtergerockt werden. Werden Wohnungen frei, bekommen die neuen Mieter:innen nur noch Zeitverträge. Doch viele Mieter:innen wohnen seit Jahrzehnten dort, einige schon seit 50 Jahren, sind in den Häusern aufgewachsen oder haben ihr Erwachsenenleben hier verbracht. Spätestens durch das Gebaren der Eigentümerin ist die Hausgemeinschaft (weiter) zusammengewachsen. Gemeinsam wehren sich die Mieter:innen gegen die Pläne der Eigentümerin. Mit ihrem Protest in der Bezirksversammlung haben sie erreicht, dass sich zumindest verbal fast alle Parteien für den Erhalt der Häuser einsetzen wollen. Sogar der NDR berichtete über den Widerstand der Mieter:innen ([www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg\\_journal/Abriissplaene-fuer-historisches-Haus-ueberraschen-Mieter,hamj113742.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/Abriissplaene-fuer-historisches-Haus-ueberraschen-Mieter,hamj113742.html)).

Die Zeughausstraße ist ein weiteres Beispiel dafür, wie günstiger Wohnraum plattgemacht und das Verrottenlas-



sen von Wohnungen mit teuren und rentablen Neubauwohnungen belohnt werden soll. DIE LINKE im Bezirk und in der Bürgerschaft wird weiterhin alles dafür tun, dass die günstigen Wohnungen erhalten bleiben.

## Die Linksfraktion zur Hamburger Innenstadt

Von Michael Joho

In den letzten zwei, drei Jahren ist die Tristesse der Innenstadt verstärkt in das Augenmerk der Öffentlichkeit gerückt. Eine wichtige Zäsur stellten dabei sicherlich die seit nunmehr zwei Jahren leerstehenden ehemaligen Kaufhäuser »Karstadt Sports« und »Galeria Kaufhof« dar. Die Linksfraktion hat sich verschiedentlich über Anfragen, Anträge und Pressemitteilungen in die Debatte eingebracht. Hier versuche ich mal eine zusammenfassende Positionierung zu formulieren.



Ansicht von der Mönckebergstraße um 1920

1 Die Hamburger Innenstadt bedarf einer grundsätzlichen Veränderung. Die Freie und Hansestadt Hamburg muss *wieder stärker steuernd eingreifen*, was nicht zuletzt voraussetzt,

den geringen Anteil von gerade mal 11 % (= 150.000 qm) unter den bebauten Flurstücken innerhalb des Wallrings wieder auszuweiten. Ein *größerer Flächenanteil* würde der Stadt ermöglichen, die Innenstadtentwicklung und die Bodenpreise nicht mehr weitgehend den privaten Grundeigentümer:innen und den großen Kaufhäusern zu überlassen.

2 Die Innenstadt bedarf einer *sozialen und kulturellen Transformation*, weg von der vorrangigen Ausrichtung auf große Einkaufszentren, hin zu mehr Wohnbevölkerung sowie sozialen und kulturellen Angeboten.

3 Der schon seit einiger Zeit anhaltende, durch die Coronapandemie noch verstärkte ökonomische Druck, die Aufgabe von etlichen so genannten Traditionsgeschäften und der Leerstand zweier ehemaliger Kaufhäuser am Eingang der Mönckebergstraße, all das ist *Ausdruck einer tiefen Krise, die aber zugleich auch der Ausgangspunkt für eine neue City 3.0* sein kann.

4 Für die beiden leerstehenden Gebäude – die *ehemaligen Einkaufszentren »Galeria Kaufhof« und »Karstadt Sports«* – gibt es bereits interessante, ausstrahlende Ideen, die an diesem Eingang in die Innenstadt den programmatischen Wandel auf den Punkt bringen könnten. Wie wäre es z. B. mit einem Naturkunde- oder einem in Hamburg seit langem diskutierten Sportmuseum und sozialen Einrichtungen für Obdachlose im früheren Karstadt-Haus und einer Markthalle und Übungs- und Klubräumen im alten Kaufhof-Gebäude? Oder mit einem »Zentrum für Zukunft« (Vorschlag des Bündnisses Stadtherz)

oder einem Kinder- und Jugend-Zentrum (eine Anregung aus St. Georg)?

5 Nicht nur mit Blick auf die beiden leerstehenden Gebäude wäre eine *stadtweite Beteiligungskampagne* wünschenswert, ein Brainstorming unter breiter Beteiligung der Menschen, wie sie sich ihre neue Innenstadt in Zukunft vorstellen. Auch wäre es dafür wichtig, (sofortige) Zwischennutzungen für diese Gebäude zu ermöglichen. Das ginge grundsätzlich auch mit privaten Eigentümer:innen, sehr viel besser, einfacher und bezahlbarer liefe es allerdings dann, wenn die Stadt diese Gebäude erwerben würde.

6 Im neuen Überseequartier weitere Einkaufstempel zu schaffen, die die *Einkaufsfläche der Innenstadt um ein Drittel vergrößern* sollen, erscheint angesichts der seit langem anhaltenden Probleme rund um die Mönckebergstraße *geradezu absurd* und wird die Krise der Innenstadt eher noch vergrößern.

7 Wir brauchen keine geleckte Innenstadt mit Gastro-Pontons auf der Binnenalster und auch keine kosmetischen Maßnahmen wie einen autofreien Jungfernstieg mit Mittelstreifenbepflanzung, wir brauchen vielmehr grundlegende Veränderungen, d. h. überall wo möglich *geförderten Mietwohnungsraum* und eine *komplett autofreie Innenstadt, soziale Einrichtungen und neue kulturelle Angebote* in einer City, die endlich ihre triste Kaufhaus-Monokultur überwindet

8 Was für die Innenstadt gilt, das muss *auch für die umliegenden Quartiere* ins Auge gefasst werden. Kein Verkauf mehr des sowieso schon arg reduzierten städtischen Areals, vielmehr Erwerb von Flächen bzw. Nutzung von Vorkaufsrechten usw., um den Einfluss der Stadt auf die Stadtteilentwicklungen wieder auszubauen. Eine autofreie Innenstadt muss gepaart werden mit anwohner:innenbevorzugtem Parken in allen, die City umgebenden Stadtteilen. Soziale Problemlagen gehören nicht aus der Innenstadt oder den citynahen Quartieren verdrängt, sie gehören mit den Menschen und ihren Einrichtungen gerade in das Herz einer diversen Stadt.

9 Zu einer Innenstadt mit Herz und Hirn gehört auch, Relikte der Stadtgeschichte, wichtige Bauten und Blickachsen usw. zu erhalten und zu pflegen. Dem *Denkmalschutz gehört gerade in den innerstädtischen Gebieten* sehr viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Missachtung und Ignoranz wie sie sich beispielsweise im Abriss der City-Hochhäuser und des Deutschlandhauses darstellten, dürfen sich nicht wiederholen. Und ganz grundsätzlich sollte Sanierung vor Abriss gehen, eine Ökobilanz vor jedem Abriss erstellt und dieser untersagt werden, wenn mehr Energie in den Neubau als in die Sanierung gehen würde.



Die Mönckebergstraße etwa zehn Jahre später

10 *Weiterführendes* zur Boden-, Mieten- und Wohnungspolitik der Hamburger Linksfraktion findet sich u.a. in der Broschüre »Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg« vom November 2019 ([www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/sites/2/2019/12/2019-12-09-Wohnungspolitische-Broschuere\\_2019-11\\_web.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/sites/2/2019/12/2019-12-09-Wohnungspolitische-Broschuere_2019-11_web.pdf)). Grundsätzliches bietet natürlich auch das Wahlprogramm der LINKEN zur Bürgerschaftswahl 2020 ([www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/wahlkampf2020/Wahlprogramm\\_Bu\\_\\_rgerschaftswahl\\_2020\\_web.pdf](http://www.die-linke-hamburg.de/fileadmin/lv/wahlkampf2020/Wahlprogramm_Bu__rgerschaftswahl_2020_web.pdf)).

## Kein Schlussstrich!

Von Christiane Schneider

Kampnagel beteiligt sich anlässlich des 10. Jahrestags der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) an einem bundesweiten Theaterprojekt mit künstlerischen und zivilgesellschaftlichen Interventionen zum NSU-Komplex. Beteiligt sind daran Theater in Chemnitz, Dortmund, Eisenach, Hamburg, Heilbronn, Jena, Kassel, Köln, München, Nürnberg, Plauen, Rostock, Rudolstadt, Weimar und Zwickau. Geplant sind Theateraufführungen, musikalische Interventionen im öffentlichen Raum, Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Diskussionen und Workshops. Die Perspektiven der Familien und (post-)migrantischen Communities sollen dabei in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.



Die Morde des NSU, heißt es in der gemeinsamen Begründung, »stehen nicht nur stellvertretend für die unzähligen Fälle rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Deutschland nach 1945; sie sind auch Sinnbild für strukturelle Empathielosigkeit, fehlenden Aufklärungswillen, falsche Verdächtigungen und für den massiven Vertrauensverlust in staatliche Institutionen, von denen sich viele Menschen in Deutschland, insbesondere Menschen mit Migrationsge-

schichte, Juden und Jüdinnen, und BIPOC, unbeschützt und im Stich gelassen fühlen.«

Die Veranstaltungen im Rahmen des Projekts »Kein Schlussstrich« finden in Hamburg **vom 21. Oktober bis 7. November** statt. Das genaue Programm findet sich hier: [www.kampnagel.de/de/programmreihe/kein-schlussstrich/?programmreihe=76](http://www.kampnagel.de/de/programmreihe/kein-schlussstrich/?programmreihe=76).

## Zehn Jahre NSU Selbstenttarnung

### NSU-Morde aufklären – Rassismus bekämpfen – rechten Terror stoppen!

Vor zehn Jahren, am 4. November 2011, enttarnte sich das Kerntrio des »Nationalsozialistischen Untergrunds« NSU. Obwohl offiziell gesucht, hatte es 13 Jahre lang unbehellig in Chemnitz und Zwickau leben und von dort aus rassistische Morde und Sprengstoffanschläge sowie zahlreiche Raubüberfälle in mehreren Großstädten begehen können.

#### Am Jahrestag der Selbstenttarnung gedenken wir der Opfer des NSU-Netzwerkes:

Enver Şimşek (9.9.2000, Nürnberg), Abdurrahim Özüdoğru (13.6.2001 Nürnberg), Süleyman Taşköprü (27.6.2001 Hamburg), Habil Kılıç (29.8.2001 München), Mehmet Turgut (25.2.2004 Rostock), İsmail Yaşar (9.6.2005 Nürnberg), Theodoros Boulgarides (15.6.2005 München), Mehmet Kubaşık (4.4.2006 Dortmund), Halit Yozgat (6.4.2006 Kassel) und Michèle Kiesewetter (25.4.2007 Heilbronn).

Bei drei Sprengstoffanschlägen wurden über zwei Dutzend Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt: in Nürnberg 1999 und in Köln 2001 in der Probsteigasse und 2004 in der Keupstraße. In den vergangenen Jahren starben Überlebende an den Folgen des Anschlags, wie Atilla Özer aus Köln.

#### Wir erinnern an die Unfähigkeit und den Unwillen deutscher Sicherheitsbehörden, rechten Terror wahrzunehmen und aufzuklären:

Institutioneller Rassismus in den Strafverfolgungsbehörden hat die Aufklärung blockiert und die Fortsetzung der rassistischen Morde begünstigt. Statt die Hinweise von Opfern und Bedrohten auf den rassistischen Hintergrund der Morde und Anschläge ernst zu nehmen, stigmatisierten die Sicherheitsbehörden über Jahre hinweg die Opfer und ihre Angehörigen. Verfassungsschutzämter unterschlugen Hinweise auf das untergetauchte Trio und umstellten es mit Dutzenden von V-Leuten. Das V-Leute-System hatte zum Erstarren der neonazistischen Bewegung beigetragen. In Verbindung mit dem Prinzip »Quellenschutz vor Aufklärung« schützte es die Täter:innen vor Aufdeckung und Strafverfolgung und behinderte nach ihrer Selbstenttarnung die Aufklärung.

#### Vollständige Aufklärung! Für einen Untersuchungsausschuss auch in Hamburg!

Nicht aufgeklärt, auch nicht durch den Münchner NSU-Prozess, ist vor allem das Netzwerk, das die NSU-Kernzelle deckte und die Terrorserie ermöglichte. Fast alles, was die Öffentlichkeit heute über das NSU-Netzwerk weiß, verdankt



Demonstration in München nach dem NSU-Gerichtsurteil im Juli 2018' (Foto: Henning Schlottmann, Creative Commons License)

sie engagierten Journalist:innen und Anwält:innen, antifaschistischer Recherche und den Untersuchungsausschüssen im Bund und den Tatortländern. Nur Hamburg hat sich, als einziges Tatortland, selbst dem Versuch einer Aufklärung verweigert. Bis heute wird das Totalversagen damit kleingeredet, dass es keinerlei Hinweis auf einen rechten, rassistischen Hintergrund gegeben habe.

Dabei hatte rechter, antisemitischer, rassistischer Terror – von Straßenterror und Hetzjagden bis zu Morden und tödlichen Anschlägen wie dem Münchner Oktoberfestattentat – nach 1945 eine breite Bluts pur durch Deutschland gezogen, hunderte Menschen getötet, unzählige verletzt, eingeschüchtert, bedroht.

Auch in Hamburg: Hier verübten Neonazis 1980 einen Sprengstoffanschlag auf die kurz zuvor nach dem 1942 im KZ Treblinka ermordeten jüdischen Kinderarzt Janusz Korczak umbenannte Schule am Bullenhuser Damm mit zwei Verletzten. Im August 1980 töteten sie bei einem Brandanschlag auf eine Unterkunft die beiden vietnamesischen Geflüchteten Ngoc Chau Nguyen und Dô Anh Lân. 1982 verübten sie einen Fememord an einem schwulen Gleichgesinnten. Aus rassistischem Hass ermordeten sie im Juli 1985 Mehmet Kaymakçı und wenige Monate später, im Dezember, Ramazan Avci. Rassistische Gewalt nahm in den 1990er Jahren erheblich zu. In unmittelbarer Nachbarschaft Hamburgs, in Mölln, zündeten Neonazis zwei Häuser an, drei Menschen starben in den Flammen. 2000, ein Jahr vor dem Mord an Sü-

leyman Taşköprü; erreichten die Vorfälle rassistischer Alltagsgewalt in Hamburg einen neuen, bedrohlichen Höhepunkt.

Die Hamburger Sicherheitsbehörden jedoch haben bei ihren Ermittlungen die von rassistischer Gewalt ausgehende Gefahr vollständig ignoriert. Im Untersuchungsausschuss im Bundestag wies die SPD-Abgeordnete Eva Högl die Behauptung des ehemaligen Leiters der Hamburger SOKO zurück, man habe auch nach rechts ermittelt: »Wir finden in den Akten nicht an einer einzigen Stelle ..., dass es um Rechtsextremismus, fremdenfeindlichen Hintergrund« gegangen sei.

Wir finden uns mit der Verweigerung der Aufarbeitung dieses Totalversagens nicht ab. Deshalb und zur Aufklärung der Rolle Hamburger Neonazis bei der Ermordung von Süleyman Taşköprü fordern wir einen Untersuchungsausschuss auch in Hamburg! Denn ohne Aufklärung und Aufarbeitung wird sich wenig ändern.

### **Konsequenzen ziehen!**

Nicht nur der Staat, auch die Mehrheitsgesellschaft und auch wir, die kritische Öffentlichkeit, haben in den Jahren des NSU-Terrors versagt. Wir haben die Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund der Mord- und Anschlagsserie ignoriert und die Opfer und Bedrohten alleingelassen. Das darf nie wieder geschehen!

Denn der rechte, rassistische und antisemitische Terror geht auch nach der Selbstenttarnung der NSU-Kernzelle weiter. Aus rassistischem, antifeministischem, antisemitischem und völkischem Hass haben Rechtsterroristen 2016 in München, 2019 in Kassel und Halle und 2020 in Hanau 21 Menschen getötet. Seit Beginn der Corona-Pandemie haben sich Menschen in kürzester Zeit mit Verschwörungserzählungen radikalisiert. Mit den Neonazis des NSU-Netzwerkes sehnen sie den Systemumsturz, den »Tag X« herbei. Rassistische und antisemitische Morddrohungen und Morddrohungen gegen antifaschistisch/politisch Engagierte sind an der Tagesordnung.

Die Enttarnung weiterer rechter Netzwerke auch in deutschen Sicherheitsbehörden – meist durch antifaschistische und journalistische Recherche – zeigt, dass die von rechtem Terror ausgehende Bedrohung nicht unterschätzt werden darf.

**Deshalb rufen wir auf zu einer Demonstration am 6. November**

## **Geschichtsbewusstsein und -vermittlung in Fuhsbüttel**

Seit über 30 Jahren sind engagierte Menschen in der Willi-Bredel-Gesellschaft/Geschichtswerkstatt aktiv und haben sich sehr große Verdienste nicht nur in der Stadtteilgeschichte in Hamburgs Norden erarbeitet. Zu einem der wichtigsten Projekte gehört die Zwangsarbeiterbaracke in Fuhsbüttel, deren Erhalt der Willi-Bredel-Gesellschaft zu verdanken ist. Wir freuen uns über den nachfolgenden Bei-

trag von Uwe Leps über die Wiedereröffnung des »Informationszentrums Zwangsarbeit« im Wilhelm-Raabe-Weg 23. Wer die Ausstellung besuchen möchte, kann das immer am ersten Sonntag im Monat von 14.00 bis 17.00 Uhr machen. Wer mehr über die Geschichtswerkstatt wissen möchte oder sie unterstützen will, findet auf der Homepage [www.bredelgesellschaft.de/schoeps/wbg.html](http://www.bredelgesellschaft.de/schoeps/wbg.html) weitere Informationen.

Wir gedenken der Opfer des NSU und aller Opfer von Rassismus, Antisemitismus und völkischem Wahn. Wir fordern die vollständige Aufklärung des NSU-Terrors, die Aufarbeitung des Totalversagens der Sicherheitsbehörden, die Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von institutionellem Rassismus in den Sicherheitsbehörden, einen NSU-Untersuchungsausschuss auch in Hamburg und die Auflösung des Verfassungsschutzes. Wir fordern die konsequente Verfolgung und Zerschlagung rechter, rassistischer Netzwerke, auch innerhalb der Sicherheitsbehörden.

**Gemeinsam und solidarisch gegen Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischen jede andere Ausprägung von Rassismus sowie rechte Gewalt!**

Mehr Informationen unter <https://kein-schlussstrich.de/>.

NSU-Morde aufklären,  
Rassismus bekämpfen,  
Rechten Terror stoppen!

Demonstration:  
**10 Jahre NSU  
Selbstenttarnung**

Samstag, 06. November, 13:00 Uhr,  
Ramazan-Avci-Platz (S Landwehr)

kontakt@hbgr.org

# Wiedereröffnung des Informationszentrums Zwangsarbeit

Von Uwe Leps

Der Tag des Offenen Denkmals hat für das Informationszentrum Zwangsarbeit der Willi-Bredel-Gesellschaft – Geschichtswerkstatt immer eine ganz besondere Bedeutung. An diesem Tag ist die Zahl der Besucherinnen und Besucher im Wilhelm-Raabe-Weg 23 deutlich höher und die öffentliche Aufmerksamkeit größer. Deshalb war es besonders erfreulich, die Wiedereröffnung nach einjähriger Sanierung an diesem besonderen Tag, dem 12. September 2021, unter Einhaltung strenger Hygieneregeln feiern zu können. 60 Besucherinnen und Besucher waren der Einladung gefolgt.

Vorangegangen war ein sechs Jahre langes Bemühen, die Zwangsarbeiterbaracke am Wilhelm-Raabe-Weg in Fuhlsbüttel zu sanieren und damit vor dem Verfall zu retten. Das war insgesamt ein mühseliger Prozess, aber mit Hilfe des Denkmalschutzamtes und einer Finanzierungszusage der Stiftung Denkmalpflege Hamburg konnte im Sommer 2019 mit konkreten Planungen begonnen werden. Den entscheidenden Durchbruch brachte dann allerdings ein Zusammentreffen von Mitgliedern der Willi-Bredel-Gesellschaft am 10. Januar 2020 auf dem Wochenmarkt in Fuhlsbüttel mit der SPD-Abgeordneten Dorothee Martin und Finanzsenator Andreas Dressel. Ergebnis dieses Gesprächs war die Zusage der Finanzbehörde, dem Bezirk Hamburg-Nord die für die Sanierung notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Im September 2020 konnten die Sanierungsarbeiten in Angriff genommen und ziemlich genau ein Jahr später abgeschlossen werden.

Deshalb war auch Dorothee Martin als Gastrednerin eingeladen. In Ihrem Redebeitrag betonte sie die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeit im Rahmen der Geschichtswerkstätten und die Bewahrung des erinnerungskulturellen Erbes als ein Bestandteil des Kampfes gegen Rechts.

Bezirksamtsleiter Michael Werner-Boelz, der als zweiter Redner das Mikrophon in die Hand nahm, sicherte der Wil-

li-Bredel-Gesellschaft weiterhin die Unterstützung des Bezirks zu, bis hin zu der Aufforderung, sich nötigenfalls direkt an ihn zu wenden. Als ein Beispiel nannte er die fehlenden Hinweisschilder auf das Informationszentrum am Flughafen.

Prof. Dr. Detlef Garbe, Vorsitzender der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte, betonte die erinnerungspolitischen Verdienste der Willi-Bredel-Gesellschaft an diesem Ort und wies auf die langjährige enge Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme hin, die sich ja auch in einer der Ausstellungen direkt niederschläge. Mit der zukünftigen Erweiterung der Gedenkstätte Kolafu seien weitere Aufgaben gemeinsam zu bewältigen.

Holger Schultze, Erster Vorsitzender der Willi-Bredel-Gesellschaft, dankte allen direkt oder indirekt an der Sanierung Beteiligten und betonte die Bedeutung der Zeitzeugen für die Forschungsergebnisse, wie sie sich in den fünf Dauerausstellungen niederschlagen. Er übte aber auch Kritik an der Verknüpfung von Erinnerungsorten mit privatem Investorentum.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete dann die Vorführung eines Dokumentationsfilmes des Filmemachers Jürgen Pedersen, der mit seiner Kamera die Sanierungsarbeiten festgehalten hat und seit langem nicht nur der Bredel-Gesellschaft freundschaftlich verbunden, sondern auch Mitglied geworden ist. Im ersten Teil des Films wird noch einmal die Geschichte des Zwangsarbeiterlagers der Firma Kowahl & Bruns dargestellt und im zweiten Teil die wesentlichen Schritte bei der Sanierung der Baracke.

Viele Besucherinnen und Besucher drückten ihre Anerkennung für die Arbeit der Willi-Bredel-Gesellschaft an diesem Ort aus und auch die Hoffnung, dass das Informationszentrum dem Bezirk und der Stadt Hamburg als erinnerungspolitisch bedeutsame Stätte noch lange erhalten bleibe.



Wiedereröffnung des Informationszentrums Zwangsarbeit nach Abschluss der Sanierungsarbeiten (Fotos: Günter Spielmann)

# Kultur Tipp

## Emil Nolde in seiner ganzen Widersprüchlichkeit



Gerade in Norddeutschland war der Maler Emil Nolde (1867-1956) in den vergangenen Jahrzehnten als Everybody's Darling unter vielen Bürger:innen beliebt. Seine farbenfrohen Gemälde, die Landschaftsbilder, die christlich inspirierten Motive und dann noch ein Verfolgter des Nazi-Regimes (das Noldes Werke ab 1941 als »entartet« einstufte), was wollte mensch mehr? An diesem sauberen Bild hat seit dem Tod des berühmten Künstlers vor allem auch die Nolde-Stiftung in Seebüll nahe der dänischen Grenze gestrickt. Kunsthistoriker:innen ohne Stallgeruch blieb der Zugang zum Archiv bzw. Nolde-Nachlass verschlossen. Bis vor wenigen Jahren. Und nun erst wurde die ganze Verstrickung Emil Noldes mit dem Nationalsozialismus einem breiteren Publikum bekannt, kritische Bewertungen, die eigentlich schon seit der 68er-Bewegung die Runde gemacht hatten. Die »Hamburger Morgenpost« brachte es in ihrer Ausgabe vom 15. Oktober auf diese drei Begriffe: »Rassist, Antisemit und NSDAP-Mitglied«. Oder noch kürzer: »Hitler-Fan und Meistermaler« ([www.pressreader.com/germany/hamburger-morgenpost/20211015/282166474368939](http://www.pressreader.com/germany/hamburger-morgenpost/20211015/282166474368939)).

Im »Hamburger Abendblatt« hieß es, kaum schmeichelhafter, »Emil Nolde: Doppel-Schau eines Demaskierten«

(<https://www.abendblatt.de/kultur-live/article233581861/emil-nolde-hamburg-ausstellungen-kunsthalle-bucerius-kunst-forum-nationalsozialismus.html>). Denn diesem Nolde sind in den kommenden Monaten gleich zwei Ausstellungen gewidmet, beide in Zusammenarbeit mit der Nolde-Stiftung in Seebüll. Das **Bucerius Kunst Forum** (Alter Wall 12) zeigt **bis zum 23. Januar 2022** insgesamt 80 Bilder von ihm sowie weitere 25 dänischer Künstler:innen (»Nolde und der Norden«). Bei den Nolde-Gemälden handelt es sich überwiegend um unbekannte Werke aus seiner Schaffenszeit in Dänemark 1900 bis 1902. Dabei werden laut Bucerius-O-Ton »stilistische Elemente aufgedeckt, die in den darauffolgenden Jahren charakteristisch für den Künstler wurden« ([www.buceriuskunstforum.de/ausstellungen/nolde-und-der-norden](http://www.buceriuskunstforum.de/ausstellungen/nolde-und-der-norden)).

Parallel zu Bucerius präsentiert auch die **Hamburger Kunsthalle** (Glockengießerwall 5) ihren Emil Nolde und zeigt dessen Werke sogar bis zum 18. April 2022. Unter der Überschrift **»Meistens grundiere ich mit Kreide...«** geht es vor allem um die Maltechnik und die Arbeitsweise des Künstlers. Die Ausstellung ist das Ergebnis eines interdisziplinären Forschungsprojekts der Kunsthalle, des Doerner Instituts der Bayrischen Staatsgemäldesammlungen München und der Nolde-Stiftung, an dem seit Herbst 2018 gearbeitet wurde. »Anhand von elf Gemälden«, so der O-Ton der Hamburger Kunsthalle, »gibt die Ausstellung erstmals einen vertieften Einblick in die maltechnische Herangehensweise Emil Noldes, die wichtig für das Verständnis seiner Werke ist« ([www.hamburger-kunsthalle.de/ausstellungen/meistens-grundiere-ich-mit-kreide](http://www.hamburger-kunsthalle.de/ausstellungen/meistens-grundiere-ich-mit-kreide)). Zu hoffen ist, dass auch eine kritisch-differenzierte Betrachtung des politischen Lebensweges von Nolde vorgenommen wird.

**Kombi-Tickets** für einen Besuch beider Ausstellungen sind über den Ticketshop der beiden Institutionen erhältlich. ♦



**»MEISTENS GRUNDIERE ICH MIT KREIDE...«**

Emil Noldes Maltechnik

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg